

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung • 3. Jahrgang • Nr. 49/50 • 11. Dezember 1992 • 1,00 DM

2F 8971C

**Nachdenken
nach Mölln**

Seite 2

**Suchtklinik
in Schwerin**

Seite 4

**Portrait:
Griechenland**

Seite 5

**Kulturpolitik
im Gespräch**

Seite 6

**Lesung
im Asyl**

Seite 7

**Reise:
Hameln**

Seite 12

Tadel!

Politik und was sie anrichtet

Artikel 16 des Grundgesetzes wird neu gefaßt. Jubel, Schulterklopfen. Nun soll das unwürdige, elende Gezerre um den Asylartikel endlich ein Ende gefunden haben. Das könnte das wirklich Gute an dem Beschluß der Herren Klose und Schäuble sein. Doch damit ist die Diskussion noch nicht zu Ende gekommen.

„Wenn wir... die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechtes festlegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die ganze Vorschrift völlig wertlos.“ so von Mangoldt, einer der Väter des Grundgesetzes. So wie der Kompromiß jetzt ausgehandelt worden ist, hätte der Artikel letztlich auch gestrichen werden können. Jetzt bleibt er in dem hehren Grundsatzpapier aller Deutschen zwar stehen, aber er ist soweit ausgehöhlt worden, daß er fast nur noch der Beruhigung des Gewissens dienen kann. Insofern - für vorweihnachtliches Frohlocken ist es noch zu früh.

Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten einen Sonderstatus, das ist gut so. Die Zahlen der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem zerfallenen Jugoslawien haben sich bislang trefflich dazu geeignet, die Asyl-Statistik in die Höhe zu treiben. Daß diese Gruppe aus finanzpolitischen Erwägungen ins Asyl gezwungen wurde, war ein Skandal.

Wer gehofft hatte, daß sich die SPD wenigstens in der Frage eines Einwanderungsgesetzes durchgesetzt hätte, muß jetzt enttäuscht sein. Der Schritt in diese richtige Richtung wurde sträflicherweise unterlassen. So wird weiter von Menschen versucht werden, auf irgendeine erdenkliche Weise in unser gelobtes Land zu gelangen. Da sie nur noch direkt einreisen dürfen, werden die Asylsuchenden in einem Cordon Sanitaire unserer Gemütlichkeit vom Halse gehalten. Da hätte man sich denn auch gleich aufschwingen und sich der Meinung des mecklenburg-vorpommerschen Justizministers Helmrich anschließen können: Eine Mauer um die Festung. Nein, natürlich keine aus Beton! Das schickte sich denn nun doch nicht. Polen und die Tschechoslowakei haben nun die Aufgabe die unerwünschten Fremden von Deutschland fernzuhalten. Das lassen wir uns sicher auch etwas kosten. Nach Deutschland kommen dann nur noch solche Menschen, die sich ein Flugticket oder eine Schiffspassage leisten können. Das wird eine vornehme Selektion! Wer sich das nicht leisten kann, hat's nicht verdient. Goldene Zeiten.

Auch mit Schwestern und Brüdern, in deren Adern deutsches Blut fern der Heimat rollt, will man

fürderhin anders verfahren. Sie sollen nur noch in einer Quote von etwa 200.000 per Anno zu uns kommen dürfen. Das ist ein Wortbruch. Offenbar galten andere Zusagen nur in sozialistischen Zeiten.

Neben dem Asylkompromiß gab es dann auch noch zwei denkwürdige Ereignisse der nicht ganz so hohen Politik in unserem Bundesland, die aber dennoch in diesem Kontext gesehen werden müssen.

Trotz der Morde von Mölln haftet an uns der Makel, daß wir uns besonders schwer tun im Umgang mit Ausländern. Das Fernsehmagazin „Panorama“ zeigte auf, daß sich die Lehrerschaft Mecklenburg-Vorpommerns durch Schüler, die sich am rechten Rande der Gesellschaft bewegen, überfordert sieht. Es wird nach Abhilfe gesucht, zum Beispiel durch Projekte, die diese Schüler „zurückholen“. Da jedes Bundesland die Kulturhoheit innehat, bat man Steffi Schnoor, Kultusministerin ihres Zeichens, zu dieser Bitte Stellung zu nehmen. Die Ministerin sieht keinen Handlungsbedarf, solche Projekte zu entwickeln. Begründung: Derartige Aktionen zeitigten am Ende nur, daß die Linken erstarren. Da verspricht es uns denn doch fast die Sprache. Lieber weiter auf dem rechten Auge blind. Lieber bald in Gefängnisse investieren - das ist dann die Sache eines anderen Ressorts - als jetzt jungen Leuten und deren Lehrern zu helfen.

Ein anderer Minister kann aber aufatmen: Innenminister Kupfer. Das verdankt er einem Mann wie Kordus, verantwortlicher Polizist für die Einsätze an der ZAST in Rostock-Lichtenhagen. Den Minister selber kann man zu den Ereignissen immer noch nicht vernehmen. Der Untersuchungsausschuß, den der Landtag in seinem unermeßlichen Ratschluß eingesetzt hat, will damit noch warten. Jetzt kam die Hilfe des wackeren Polizisten - Sie erinnern sich: Beide Herren hatten in der Nacht, als das Asylbewerberheim brannte, in dem eine Gruppe von vietnamesischen Gastarbeitern vergessen wurde, die Hemden gewechselt. Jetzt ist klar, unser Innenminister trägt nicht die Verantwortung für das Fehlschlagen der Polizeieinsätze in Rostock-Lichtenhagen. Zwar war der Minister bei den Beratungen in der Polizeidirektion zugegen, aber er hat sich im Hintergrund gehalten und nicht in die Entscheidungsfindung eingegriffen.

Wie schön, daß wir in einem Land leben dürfen, in dem wir von solchen Demokraten vertreten werden in Bonn und anderswo.

Regine Marquard



Dobbertiner Kirche in der Weihnachtszeit

Foto: Rainer Cordes

Liebe Leser!

Seit es den Mecklenburger Aufbruch gibt, balancieren wir auf dünnem Eis. Das dürfte kein Geheimnis geblieben sein. Nun ist diese Zeitung die letzte, die es noch gibt aus jenen euphorischen Wendemonaten. Das war nicht ganz leicht, und manches Mal haben wir gemeint, es ginge nicht mehr weiter, das Ende sei nahe. Doch bis heute haben wir es immer wieder geschafft, das kleine Schiff flott zu halten. Nun geht für uns der dritte Jahrgang zu Ende. Leider haben wir es bis heute nicht geschafft, wieder wöchentlich zu erscheinen - vielleicht im nächsten Jahr.

Die Bundespost erhöht ihre Versandgebühren, darum müssen auch wir mit dem Preis heraufgehen. Eigentlich hätte der Mecklenburger Aufbruch schon längst teuer werden müssen. Ab Januar wird der neue Preis 1,50 DM betragen. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Die nächste Ausgabe erscheint erst am Freitag, den 8. Januar. In der Weihnachtswoche haben wir keinen Drucktermin bekommen.

Wir haben in den letzten Wochen viele neue Abonnenten gewonnen. Das hat uns sehr ermutigt. Darum - die wichtigste Nachricht ist diese: Wir machen weiter!

Die Redaktion

Des Kaisers neue Kleider

Selbst in der CDU wächst der Unmut über die mangelnde Bonner Unterstützung für den Ost-Aufbau

Groß war in der vorvergangenen Woche bei den Haushaltsberatungen wieder das Gejammer und Geächz der in Bonn Regierenden über die finanziellen Lasten, die der Bund zur Finanzierung der deutschen Einheit zu tragen habe. Dreistellige Milliardensummen, so hieß es erneut, würden pro Haushaltsjahr von West nach Ost transferiert, und da sei es doch nun wirklich kein Wunder, daß man mit den Staatsfinanzen dermaßen in die Miesen gerutscht ist. Aber auch wer bei Waigels sauertöpfischen Fensterreden ganz genau hinhörte, erfuhr nichts Genaueres darüber, wie sich die Horror-Zahlen errechnen, die im Osten - angesichts der erkennbar geringen Wirkung vermeintlich gigantischer Transfer-Summen - Lethargie auslösen und im Westen - angesichts vermeintlich allzu hoher Belastungen - Erbitterung. Kein Wunder: Die Bonner werden deshalb nicht gern konkret, weil die konkreten Zahlen von der Mär vom bis zum letzten Notgroschen alles aufzehrenden Aufbauwerk nicht viel übriglassen.

Denn zur Erbitterung ostdeutscher Wirtschafts- und Finanzpolitiker beschränken sich Waigel und seine

Kabinetts-Kollegen beharrlich darauf, sämtliche nach Ostdeutschland fließenden Geldströme als echte Belastungen der westlichen Etats auf Bundes- und Länder-Ebene auszugeben. Dabei wird absichtsvoll verschwiegen,

- daß den aus den West-Haushalten, dem Fonds Deutsche Einheit und über die Sozialversicherung für den Osten aufgebrauchten Mitteln in Höhe von insgesamt 167 Milliarden Mark (von denen der Bund 86 Milliarden Mark beisteuert) zusätzliche Einnahmen und Minderausgaben in Höhe von 61 Milliarden Mark gegenüberstehen (Steuereinnahmen des Bundes aus den neuen Ländern, Verwaltungsmehreinnahmen, Wegfall teilungsbedingter Kosten und Steuereinnahmen durch von Ost-Bürgern ausgelöste Nachfrage);

- daß ein erheblicher Teil der angeblich für die Aufbau-Hilfe Ost aufgewendeten Summe zur Bestreitung der normalen gesetzlichen Leistungen dient - vom Kindergeld bis zur Verlust-Abdeckung der Reichsbahn -, die in Ost wie West gleichermaßen bestritten werden müssen.

Die Deutsche Bundesbank hat denn auch kürzlich davor gewarnt,

sämtliche nach Osten fließenden Mittel als effektive finanzielle Belastungen der West-Haushalte zu deklarieren; auf diese Weise, so die Frankfurter, werde unterschlagen, daß der Bund aus der Einheit auch Gewinne zieht. Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Kolbe hat zusammengefaßt: Nach seiner Rechnung wird lediglich ein jährlicher Netto-Betrag von rund 55 Milliarden Mark in den Osten transferiert. Und davon bleiben nach Auffassung von Experten nicht mehr als 25 Milliarden übrig, die tatsächlich zur Förderung von Aufbau-Investitionen verwendet werden.

Das aber ist nach übereinstimmender Auffassung der Ost-Politiker bei weitem zu wenig. Besonders die Städte und Gemeinden verweisen darauf, daß ihnen das Wasser finanziell bis zum Hals steht: „Die Kommunalhaushalte sind 1993 tot“, meint dazu der sächsische Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher. Ohne reale Aussicht auf drastische Aufstockung stabiler und kalkulierbarer Aufschwung-Hilfen sehen sich die ostdeutschen Kommunen zunehmend lahmgelegt. Am Rande der Pleite den Mangel verwaltend, müs-

sen sie nun auch noch zusehen, wie der Bund ihnen die Mittel für sozialen Wohnungsbau, zur Sanierung der Abwassersysteme und für Straßenbau zusammenstreicht. Und unbeirrt weigert sich der Bundesfinanzminister, über eine Wiedereinführung der kommunalen Investitionszuschüsse von fünf Milliarden Mark, wie sie von allen neuen Ländern gefordert wird, auch nur nachzudenken.

Bei ihrem von unehrlichen Klageleidern ob all der angeblichen Notopfer-Ost flankierten finanzpolitischen Ramm-Kurs kann sich die Bundesregierung mittlerweile nicht einmal mehr auf die Erfolgshaftstreue der Neuländer-CDU verlassen. So hat die sächsische Landesregierung in der vergangenen Woche zusammen mit den SPD-Ländern gegen Waigels Haushalts-Entwurf gestimmt. Wenn sie den schon längst in den eigenen Reihen angekommenen Konflikt eindämmen wollen, werden die in Bonn Regierenden den Ost-Bürgern alsbald mehr und anderes bieten müssen als immer wieder nur das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern.

Franz Maag

Politik

Randbemerkung

Starker Staat

Wenn unsere Politiker am Ende ihres Witzes sind, rufen sie nach der Polizei (wie etwa bei den Hausbesetzungen und Protesten gegen Atomkraftwerke) oder sie verlangen den starken Staat, wie jetzt wieder einmal, da als Folgen von klammheimlicher Duldung, politischer Untätigkeit und ideologischer Blindheit gegenüber Rechtstendenzen Häuser brennen und Menschen ermordet werden.

Wie schnell unsere Mandatsträger die Nerven und damit das Vertrauen in demokratische Prinzipien verlieren, zeigte sich kürzlich an Bundeskanzler Helmut Kohl, der den Staatsnotstand ausrufen lassen wollte, nur weil seine Regierung es bis heute nicht fertiggebracht hat, ein menschenwürdiges Einwanderungsgesetz vorzulegen, das das Grundrecht auf politisches Asyl unangetastet läßt.

Doch auch die SPD ist nicht weit entfernt von Äußerungen der Hilflosigkeit, gar der Kapitulation vor einer Welle des unorganisierten, meist individuellen Terrors. Nicht Bürgerkinder, in einer RAF genannten kriminellen Vereinigung zusammengeschlossen, bekämpfen diesmal die Repräsentanten des Staates, sondern Randgruppen der Gesellschaft, dürtig camouffiert mit rechten Parolen und Symbolen, morden und brandschatzen eine andere, noch weniger geduldete Minderheit: Die unerwünschten Ausländer.

Sie tun es stellvertretend für die von der Norm des Grundgesetzes überforderten Bürger, wie ihnen aus dem rechten Milieu der Parteien immer wieder bestätigt wird.

Konsequenterweise rufen die steigenden Brandstifter nach dem starken Staat, der mit beidem aufräumt: Mit der auf Dauer peinlichen, die zur Schau getragene Wohlanständigkeit beschädigenden Ausländerhatz, wie zugleich auch mit der Liberalität des Grundgesetzes.

Doch es bedarf nicht schärferer Gesetze und ausgeweiteter Polizeibefugnisse. Der Vorwand ist zu fadenscheinig, um damit die angestrebte Erweiterung der Aufgaben des Verfassungsschutzes, die Aufrüstung der Polizei und Strangulierung des Datenschutzes zu begründen. All dies degeneriert das demokratische Gemeinwesen zu einem Staat um des Staates willen, - zu einem Popanz.

Es bedarf also nicht der Macht des Staates und schon gar nicht "der ganzen Macht", wie der SPD-Abgeordnete Hans Koschnik martialisch-dröhnend forderte.

Es genügt ja schon, wenn die Politiker nicht vor unpopulären Entscheidungen kniefen. Wenn sie nicht ihre feuchten Finger in den Wind des Opportunismus recken, sondern den Verpflichtungen aus ihrem Mandat nachkommen, nämlich ihrem Gewissen allein verantwortlich zu sein und Schaden von dem Gemeinwesen abzuwenden. Wenn sie schließlich sich nicht wie moderne und aufgeklärte Konzern-Manager benehmen, die den Erfordernissen einer offenen Gesellschaft elegant und unverbindlich ihren Tribut zahlen, sondern die Bürger in den Gang notwendig werdender Entscheidungen weit vor den fraktionsgebundenen Abstimmungen einbeziehen. Die sogenannte Mediengesellschaft bietet viele Möglichkeiten außerhalb platter Parteienpropaganda.

Und natürlich bedarf es nicht des starken Staates, nicht einmal der wehrhaften Demokratie, wie die andere Vokabel semantischer Aufrüstung heißt, um der Wende in das Deutsch-Nationale Einhalt zu gebieten, der Helmut Kohl mit seinem Besuch in Bitburg und seiner Begegnung mit Waldheim den Stempel der Normalität aufdrückte.

Es bedarf nur demokratisch gesinnter und engagierter Bürger. Nach vierzig Jahren BRD und DDR hat das größer gewordene Deutschland jedoch viel zu wenige davon.

Bernd C. Hesslein

Nachdenken nach Mölln

Erstmals seit den Zeiten Eulenspiegels hat Mölln wieder von sich reden gemacht: Mit einem feigen Mordanschlag. Aber das war ja nicht alles, - feige Mordanschläge gibt es in Deutschland seit den Tagen von Hoyerswerda andauernd. Mölln, so heißt es überall, Mölln war jetzt die Wende. Der grausame Tod der beiden türkischen Frauen und des kleinen Mädchens scheint bei vielen Menschen im Land zum ersten Mal ein Empfinden dafür geweckt zu haben, welche in den Maßstäben der Nachkriegszeit - unerhörte Dimension das Leiden der ausländischen Opfer und die Niedertracht der deutschen Täter mittlerweile angenommen hat. Viele sehen nun in der Welle der Empörung unter dem Eindruck der Möllner Morde eine Art Wiedererwachen der Mitmenschlichkeit nach einer langen Zeit der geradezu kollektiven Lähmung der Wahrnehmungsorgane. Zu Recht?

Mölln ist nicht Rostock. Darauf hielt man sich nicht nur in der holsteinischen Kleinstadt einiges zugute. Und tatsächlich haben ja Tausende spontan demonstriert, nicht nur in Mölln, aber eben auch und gerade dort. Aber es ist näherliegend als Viele das akzeptieren wollen, den widerspruchsvollen deutschen Befindlichkeiten am Beispiel Mölln gründlicher nachzusteigen als die in diesem Punkt ganz große Allgemeinheit das gern hat.

Während nämlich auf den Plätzen und in den Kneipen Möllns die Kameras der Fernsehteams surren und eine Massenversammlung von Journalisten jeglicher Couleur auf der Jagd nach jedem halbwegs gelegenen O-Ton war, stand hinter mehr oder weniger vorgehaltener Hand ständig die Geschäftsgrundlage der Gesamt-Betroffenheit in Rede: Kenner der Szene, frei von jeglichem Verdacht, die Interessen rechter Verbrecher-Cliquen schützen zu wollen, hielten bis zur erlösenden Mitteilung des Generalbundesanwalts eine Fehde mit Ursprung im Hamburger Drogen-Milieu für den wahrscheinlichsten Tat-Hintergrund. Und ab dem dritten Ermittlungstag fanden vorsichtige Andeutungen dieser Variante auch Eingang in die Berichterstattung der Medien.

Klammere Gefühle griffen Platz bei denen, die demonstrierten und bei denen, die froh waren, daß der säuberlich vom beruflichen Alltag abgeschotteten Freizeit vor sich her tragen. Nazis eben. Sage niemand, sie wären "damals" anders gewesen, - unter einem, der den traurigen Drang zum Ausleben seiner Haß-Gefühle unter ein alles erklärendes Motto stellt, soll man sich keinen politischen Überzeugungs-Täter vorstellen.

Wir Krümmen sind immer die Dummen. Das stimmt 1933 wie 1992. So heißt es auch in der familiären Überlieferung von Rostock und Mölln bis nach Stalingrad und Auschwitz und auf verwittem Pfad zurück nach Rostock und Mölln und überall sonst in Deutschland. Verarbeitet ist nichts, bloß arbeitet es in einem. Vor dieser Wahrheit haben beide früheren Deutschlands immer nur öffentlich das Gegenteil geschworen und privat nach unten abgeleitet. Die einen pflegten den antifaschistischen Kult, und die anderen breiteten das Woll-

monstriert wurde: Wie verkraften wir ein Fanal, das keines ist? Menschen lauterer Sinnes begannen um das Furchtbare zu fürchten, das sie ehrlich beklagten. Und kaltblütigen Mord traute den wenigen Möllner Neo-Nazis und Skinheads eigentlich sowieso niemand so recht zu, - Jünglingen, die mit ihrem eigenen flachen Leben ebenso überfordert sind wie mit dem menschenverachtenden Anspruch, den sie in

tuch des Schweigens über dessen Gegenstand.

Nun haben die mit der Gnade der späten Geburt Gesegneten in schwieriger Zeit und in populistischer Absicht den Deckel vom Kessel genommen und hoffen auf nichts als die Wirkung der Dampfzugshaube in Gestalt ihrer das Asylrecht abschaffenden Asylrechts-Reform.

Es mag sein, daß jetzt, nachdem mit den Bonner Beschlüssen dem

les spricht dafür, daß viel zu oft und mit viel zu hohem Einsatz versucht wurde, mit Idealen die Wirklichkeit aus der Welt der eigenen Illusionen hinauszuhalten, auf daß es einem selber gut gehe.

Konnten sich DDR-Bürger immerhin darauf berufen, unter Zwang gehandelt zu haben, bleibt den Linken der alten Bundesrepublik das nachträglich peinliche Privileg der Freiwilligkeit.

Nazis raus! Mehr und anderes war von den Antifaschisten nicht zu hören, die von verflossenen Frontstellungen lebten, statt mit der Wirklichkeit umzugehen und mit den Menschen, die ständig penetrant aus dem Ruder des eigenen Fortschritts-Plans liefen.

Viel Schall (lang verhallt) und der Rauch manch antifaschistischer Lagerfeuer unserer Tage, - das ist von der erneuernden Kraft der sogenannten emanzipatorischen Bewegung in Deutschland geblieben. Die Realität ist derweil traurig genug: Vor Tagen fragte der Norddeutsche Rundfunk in seiner Zeitfunk-Frühsendung die Hörer nach Wegen, wie der Ausländerhaß zu bekämpfen sei. Es meldete sich per Autotelefon ein Herr aus Hamburg, der zum einen forderte, die Schulen müßten mehr zur Toleranz erziehen und zum anderen alle Ausländer freundlich bat, sie möchten sich doch ein möglichst angepaßtes Äußeres verpassen, auf daß sie nicht schon durch ihr schieres Aussehen provozierten. Und in der Haftanstalt Neustrelitz, so berichtete es Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, wurde den nach ihrer Aktion in Rostock verhafteten französischen Juden vom Gefängnis-Personal nahegelegt, beim Hofgang ihre Käppis abzulegen, weil das sonst auf die auch noch inhaftierten Skinheads provozierend wirken könnte.

Es reicht nicht, kurzerhand eine andere Wirklichkeit zu fordern, weil einem die vorhandene nicht gefällt. Und es ist verwerflich, der vorhandenen Wirklichkeit das politische Ruhekitzen zu verschaffen, weil einem der Streit um eine andere nicht einträglich genug erscheint. Irgendwo dazwischen wird wohl der Bewegungsraum für die dringend notwendige neue Politik liegen.

Michael Will



Der wehrhafte Staat?

der säuberlich vom beruflichen Alltag abgeschotteten Freizeit vor sich her tragen. Nazis eben. Sage niemand, sie wären "damals" anders gewesen, - unter einem, der den traurigen Drang zum Ausleben seiner Haß-Gefühle unter ein alles erklärendes Motto stellt, soll man sich keinen politischen Überzeugungs-Täter vorstellen.

Wir Krümmen sind immer die Dummen. Das stimmt 1933 wie 1992. So heißt es auch in der familiären Überlieferung von Rostock und Mölln bis nach Stalingrad und Auschwitz und auf verwittem Pfad zurück nach Rostock und Mölln und überall sonst in Deutschland. Verarbeitet ist nichts, bloß arbeitet es in einem. Vor dieser Wahrheit haben beide früheren Deutschlands immer nur öffentlich das Gegenteil geschworen und privat nach unten abgeleitet. Die einen pflegten den antifaschistischen Kult, und die anderen breiteten das Woll-

sogenannten Volk auf sein Schand-Maul geschaut ward, die Brandherde erst einmal weniger werden. Immerhin hat die Regierung die Schicksale der Verzweifelten und Hilflosen wieder vor die Haustür geprägt, ohne irgendeines der anbrandenden Probleme zu lösen außer - vielleicht - dem der eigenen Akzeptanz bei einer nichts teilen und nichts preisgeben wollenden Wählerschaft. Aber kein Problem läßt sich durch sich selbst lösen. Und der Lösungs-Ansatz, auf den auch die SPD schießt, ist nichts als ein Ausdruck des Problems selbst.

Hat eine ganze Generation versagt? Haben diejenigen, die immer so flott mit soziologischen Analysen und linker Jugendarbeit dabei waren, mit ihrer Unfähigkeit zur Einsicht in die Notwendigkeit realitätstüchtiger Normen an einer einerseits in düstersten Farben beschworenen, andererseits aber grotesk unterschätzten Wirklichkeit vorbeigewirkt? Vie-

kein Machtinstrument der Politik ist. Wäre sie es wirklich, dann täte sie sich mit dem Prozeß gegen Honecker nicht so elend schwer, dann würde sie nicht vor Anstrengung zittern."

Die FRANKFURTER RUND-SCHAU beschäftigt sich mit der entscheidung der Vereinten Nationen, ihre Hilfsaktionen für die verhungerten Menschen in Somalia militärisch zu sichern. Der Kommentar bezeichnet diese Entscheidung als ein Votum von historischem Gewicht, das die bisherigen Schranken zwischen humanem Handeln und Gewalt überschreitet und beide Begriffe nicht mehr zu einem Gegensatz macht. Zugleich gibt das Blatt zu bedenken:

„Ein Präzedenzfall mit möglicher Lawinenwirkung angesichts der Zahl von Staatskrisen. Die Furcht, daß die Welt so auf andere Art aus dem Gleichgewicht geraten könnte, ist berechtigt. Die Befürworter auch weitestgehender Formen der Einmischung sehen sich schon am Ziel. Die UN, wie gerade Somalia zeigt, weiter auf den US-Weltpolitikern angewiesen, scheinen bisher all dem kaum gewachsen. Schnelle Aktionen, schneller Beifall, schnelle Erleichterung zu recht?"

Andere Meinungen

Ein Aufatmen ging hörbar durch den Blätterwald der führenden überregionalen Tageszeitungen, nachdem die vermutlichen Täter des Brandanschlags in Mölln, zwei junge, der rechtsradikalen Szene zuzurechnende Leute, gefaßt worden waren. Der Generalbundesanwalt und die Kriminalpolizei hatten gezeigt, was sie konnten, wenn sie wollten. Doch das macht die drei Opfer, drei Töchter, nicht mehr lebendig und die Vermeidbarkeit des Anschlages nur noch deutlicher. Den Kommentatoren in ihrer Mehrheit genügte der schnelle Zugriff auf die Täter, um zum Alltag ihres ohnehin schnelllebigen Geschäfts überzugehen.

Für die rechtskonservative Bonner Tageszeitung DIE WELT liegen die Wurzeln der jetzt das Land aufschreckenden Gewalt von rechts woanders, nämlich links. In dem Kommentar „Woher die Gewalt kommt“ heißt es:

„Freilich ist die jahrzehntelange Züchtung der Gewalt durch Gesetzeslockerungen und Verhammlungen (was ist denn diese kleine Gruppe schon gegen den Staat?), durch Sympathiebekundungen („Verständnis“ für „verzweifelte junge Menschen“) und offene Ermutigung zu „Regelverletzungen“

(„wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, „macht kaputt, was Euch kaputt macht“ etc.) nur ein Teil der Saat, die jetzt aufgeht.

Der andere schwerer wiegende Teil ist die systematische Zerstörungsarbeit an der Jugend. ... Man kann am Ende dankbar sein, daß aus zwei Jahrzehnten geistiger Verwüstung hüben und drüben aus unzähligen zerstörten Familien „nur“ etwa viereinhalbtausend aktive Schläger rechts geblieben sind; Leute, die in Gruppen den Quasi-Familienanschluß suchen, den ihnen die Konflikttheoretiker gegenüber den eigenen Eltern ausgetrieben haben. Der Schlägernachwuchs links wird vorerst heruntergespielt.“

Die in München erscheinende liberale SÜDDEUTSCHE ZEITUNG befaßt sich mit den Solidaritätsdemonstrationen in vielen westdeutschen Städten seit dem Attentat von Mölln. Nach der Feststellung, daß auch angesichts der 16 Toten und 18.000 rassistischen und frendenfeindlichen Vorfälle die Demokratie in Deutschland nicht in Gefahr ist, fragt der Kommentator:

„Hat es Sinn auf die Straße zu gehen? Diese Frage kann vehementer nicht bejaht werden, auch

wenn irgendwo wieder die Brandbomben fliegen. „Das Volk“, so die Parole im alten Athen, „muß für seine Verfassung so kämpfen wie für die Stadtmauer“. Daß man den äußeren Feind abwehren muß leuchtet sofort ein. Aber das „Verfaßt-Sein“ eines Staates ist ein abstrakteres, diffuseres Ding. Wir streiten uns ja dauernd über Geld, Macht und Status; wir zerfallen andauernd in Parteien, Truppen und Gruppen. Nur, und das haben die Bürger schneller begriffen als ihre Führer, müssen die inneren Zinnen von allen bemantelt werden, wenn es an's „Eingemachte“ geht.“

Die Verteidigungsrede von Erich Honecker fand bei allen Kommentatoren ein negatives Echo. Eines „Funktionärsbericht für das Geschichtsbuch“ nannte sie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG und gab damit den Tenor anderer Kommentare wieder. Honecker habe keine Spur von Einsicht und Mitleid gezeigt, bemängelt das Münchener Blatt und fährt fort:

„Honecker verkennt im übrigen, daß man sich seiner nicht „entledigen“ muß, - er hat sich selbst erledigt. Wäre er nicht im Sozialismus erblindet, dann sähe Honecker, daß die Justiz, die über ihn richtet,

Klätlich

Die katholische Kirche gibt alle paar hundert Jahre einen neuen Verhaltens-Kodex für ihre Gläubigen heraus, Katechismus genannt. Der letzte datiert aus den Zeiten, in denen die Heilige Inquisition die Scheiterhaufen brennen ließ. Jetzt ist das unter der Federführung des deutschen Kardinals Ratzinger entstandene Nachfolge-Werk erschienen. An dem Buch, das nicht weniger darstellt als den für alle katholischen Christen absolut verpflichtenden Leitfaden in Sachen Moral, sind die vierhundert Jahre, die uns von den Zeiten der Hexenprozesse trennen, wie Wasser abgeflossen: Die moralischen Normen des Mittelalters werden ohne Abstriche hochgehalten, und wem's nicht paßt, der sei verdammt.

Schon das blinde Festhalten am Prinzip dieses jede gesellschaftliche Toleranz und jedes Gefühl für das Eigengewicht des einzelnen Menschenschicksals negierenden Kodex ist ein schrecklicher Befund für den Zustand der Kirche. Allein mit dem Beharren darauf, der Geschlechtsverkehr habe ausschließlich der Fortpflanzung zu dienen, wird ein wirkungsvoller Beitrag dazu geleistet, ganze Kontinente auf ihr Elend festzunageln.

Du sollst nicht töten. Dieses Gebot gilt, folgt man dem Katechismus der römischen Kirche, nicht für den Staat: Dem sprechen Papst Johannes Paul II. und sein Beauftragter für die Glaubens-Normen das Recht zu, „in besonders schweren Fällen“ (was immer das heißen mag) die Todesstrafe zu verhängen und zu vollstrecken. Das ist nichts anderes als eine Blanko-Vollmacht für allerchristlichste Regime, nach Gusto zu quälen und zu morden; zugleich wird aber auch der Humanisierung der Rechtsnormen in demokratischen Gesellschaften eine rüde Absage erteilt.

Darüber wollten wir ein Interview mit dem Weihbischof von Schwerin machen. Der Versuch ist kläglich gescheitert: Der Bischof, so ließ die Pressestelle des Bistums wissen, könne den Katechismus noch gar nicht, über den zeitgleich schon alle Welt spricht. Und in deutscher Sprache liege er schließlich auch noch gar nicht vor. Als würde es zur Beurteilung des neuen Katechismus nicht völlig reichen, den alten zu kennen, besteht doch der eigentliche Skandal gerade darin, daß die Kirche keinen Anlaß sieht, dessen inhumane Festlegungen aus den Zeiten der Renaissance endlich über den Haufen zu werfen.

Aber immerhin: Steuerhinterziehung und Autofahren unter Alkohol sind jetzt nicht mehr nur Straftaten, sondern regelrecht Sünden. Nach diesem epochalen Erneuerungswerk werden sich Ratzinger und die Seinen selbstzufrieden zurückziehen.

f. m.

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76. ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Wirtschaft/Umwelt: Michael Will Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren: Agelcher, Korf Bäk, Catherine Dooze, Bernd C. Hesslein, Helmut Kater, Dr. Udo Knapp, Franz Maag, Meir Mandelboom, Holger Panse, Waldemar Schlegel, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp.

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin Telefon: 8 33 88

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Anzeigen: Reiner Prinzer

Satz: Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz: EDV-Satzstudio D. Roggentin Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Thema

Behinderte: Manche im Lande haben das neue Feindbild schon fest im Blick

„Schau dir den Kerl im Rollstuhl an...“

Schau einer nur die Armen an, von denen keiner laufen kann. Verfolgt sie nicht, denn dieser Dreck kommt ohne Zunder eh nicht weg! Es kommt der Staat, der sie entsorgt, die deutsches Blut und Geld geborgt.

Sechs Zeilen vorab. Sechs Zeilen, die Entsetzen schaffen, ganz ohne Waffen. Sechs Zeilen aus dem musikalischen Füllhorn der Deutschen - mitgeschrieben auf einer zuwenig halböffentlichen Veranstaltung im sächsischen Chemnitz, weiland Karl-Marx-Stadt, bei der sechs Hohlköpfe 800 Hautköpfe für die zu erwartende schlimme, die asylantenfreie Zeit schon mal aufs nächste Feindbild einschworen. Was auch dringend nötig war, sonst wäre womöglich eine Rotte aus Rostock, die eher lustlos ihren selbstgemachten Song: „Der Asylant, der Asylant / Er ist so schön, steck er in Brand“ intonierte, von den Fahnen der neuen Zeit gegangen. Schließlich ist in der weltverbundenen Hansestadt Rostock die grenzenlose Freiheit von asylantischem Unwesen schon ausgebrochen. In Lichtenhäger Vorgärten kacken nur noch Rostocker Hunde; die Müllcontainer im Vorort bleiben Einweggefäße - kein „Fremdländischer“ tramt dort mehr nach Brauchbarem aus den Jahren vor der Zeitwende.

Das Mitschreiben der sechs Textzeilen erwies sich als überflüssig. Der Text nämlich ist, zu findender „Oi“-Musik, auch digital verfügbar - auf einer CD unbestimmbarer Ursprungs. Sagen Staatsanwälte, grad so, als gäbe es an jeder Ecke eine CD-Presser und nicht nur deren vier in diesem großen, diesem neuen Deutschland von 1992.

Für Karl Finke, den Behindertenbeauftragten der niedersächsischen Landesregierung, dürften die neuen Töne aus dem benachbarten Bundesland wohl erschreckend, aber kaum mehr überraschend sein. Den Schrecken kennt er inzwischen aus dem Alltag aus Gewalt, Demütigung und Mißachtung für seine Klientel - und auch, daß der geradezu explosiv wächst. „Nach Einbruch der Dunkelheit wagen sich viele nicht mehr auf die Straße.“

Behinderte hierzulande werden zwar noch nicht, wie vor kurzem eine Boulevardzeitungsschlagzeile, „zum Freiwild“, aber doch immer öfter zur Zielscheibe vorwiegend jugendlicher Randalierer: „Bespuckt oder mit Knallkörpern beworfen zu werden“, so Finke, gilt manchem Behinderten neben verbaler Anmache bereits als „normal“. Auch am helllichten Tag, vor den Augen und Ohren der Mitbürger: „Die schauen da weg, stecken das weg.“

Wer will sich auch schon anlegen mit den Youngstern, die rotenweisse antreten, immer „einen flotten Spruch auf den Lippen“? „Es ist“, so der Sprecher einer Krüppel-Initiative, „weniger Gleichgültigkeit oder gar klammheimliche Zustimmung, die viele zum Verstummen bringt. Es ist die Angst, stellvertretend für die Attakierten unter die Fäuste und Stiefel des neuen Mobs zu geraten.“ Eine gefährliche Entwicklung, zieht sich dadurch doch fast unmerklich Entsolidarisierung durch die Gesellschaft, schraubt sich die Gewaltspirale in hierzulande für unmöglich gehaltene Dimensionen.

Es beginnt mit kleinen, eher läppischen Schritten: Die Bundesbaudirektion bezeichnet es als „peinlich“, daß beim 256 Millionen Mark teuren neuen Plenarsaal die Rollstuhlauffahrten so gründlich „vergessen“ wurden, daß selbst der Chef der Mehrheitsfraktion, Wolfgang Schäuble, nicht ohne fremde Hilfe an seinen Arbeitsplatz hätte gelangen können. „Peinlich“ ist es dem Ver-

waltungschef eines süddeutschen Millionendorfes, daß die Anschaffung rollstuhlgerechter Straßenbahnzüge zurückgestellt wurde, weil „die Bürger bei der momentanen Finanznot kein Verständnis für solche Luxusausgaben“ hätten. „Peinlich“ ist dem Sprecher des zweitgrößten deutschen Einzelhändlers, daß „unser Unternehmen Behindertenparkplätze in hauseigenen Parkhäusern mangels einer gesetzlichen Grundlage abgeschafft“ hat. „Peinlich“ ist es Bundesbehörden, daß sie insgesamt 100 Millionen Mark ausgeben, um sich freizukaufen von jener gesetzlichen Verpflichtung, 6,5 Prozent Schwerbeschädigte zu beschäftigen. Die Quote im öffentlichen Dienst liegt derzeit bei durchschnittlich fünf Prozent - zwei Punkte unter dem Stand von 1972.

Viel, viel zuviel spricht dafür, daß das Klima eisiger geworden ist für Minderheiten in diesem neuen Deutschland. Für etliche dieser Minderheiten ist es mörderisch, für viele bedrohlich geworden. Gilt es Abschied nehmen von der Bundesrepublik vertrauten Stils, die in den 43 Jahren ihrer Geschichte auf dem besten Wege in eine solidarische Gesellschaft war, rundherum von allen anerkannt, von vielen bewundert und beneidet? Müssen Minderheiten auf der Hut sein, müssen die Schwächsten zurück an den Katzentisch?

„Kannst du schwimmen?“, fragen ein paar angedübelte Jugendliche einen 30jährigen Rollstuhlfahrer an einem Bielefelder Stadtweiher. „Dann schwimm!“ - Unter Gejohle schubsen die Kids zwischen zwölf und 18 den Rollstuhl ins Wasser. Den halbseitig Gelähmten rettet ein zufällig vorbeijogender Arzt - amüsiert beobachten zwei Dutzend Spaziergänger die Szene. Sie klatschen Beifall dem rettenden Erfolg - und gehen weiter. Sogar den Notarztwagen muß der pitschnasse Lebensretter selber herbeitelefonieren.

In einem ostwestfälischen Ausflugslokal weist der Wirt einer Gruppe geistig behinderter Jugendlicher „fürsorglich einen besonderen Platz“ zu - im nur schwach beleuchteten Kellergewölbe zwischen unter der Decke aufgehängtem westfälischen Knochenschinken und gestapelten Getränkeketten rundherum. Daß der unfreiwillige „Dämmer-schoppen“ zum örtlichen Skandal gerät, liegt nur daran, daß die nichtbehinderten - Betreuer sich weigern, einen zehnpromzentigen Zuschlag für die „Sonderbedienungs“ im Keller zu erlegen. Worauf der Wirt unverfroren die Polizei ruft - wegen Zechprellerei. Die Beamten allerdings fragen den Gastfreund unverblümt, ob er „noch alle Tassen im Schrank“ habe.

Im holsteinischen Flensburg wäre das womöglich anders gelaufen. Dort ha-

ben Richter noch ein Herz für Nichtbehinderte und schreiben deshalb ganz genau fest, wieviel Prozent bürgerlicher Rechte einen Normalmenschen vom Behinderten trennen: Der beim Anblick von Behinderten entstehende „Ekel“ rechtfertigt danach die Kürzung einer Urlaubsrechnung zuwenigstens um zehn Prozent. Mit Urlaub, welcher Reiseveranstalter dürfte überhaupt noch einem Krüppel einen Ferienplatz vermitteln, ohne wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen? So neu freilich, wie es den Anschein hat, war das wegweisende Flensburger Urteil nicht: Schon zwei Jahre zuvor hatte ein Frankfurter Gericht einen „Verlust an Urlaubs-

wir bereits in einer unserer letzten Ausgaben.)

In Niedersachsen, so Karl Finke, ist es „in manchen Kreisen zum Sport geworden, Spielchen mit Behinderten zu treiben“. Vor allem Kinder und Jugendliche suchen sich gezielt die Schwächsten der Gesellschaft für ihre Attacken aus: „Das geht von der verbalen Beleidigung bis hin zum Mordversuch.“ Behinderte, bevorzugt solche im Rollstuhl, werden „bespuckt, bis ihnen die Brühe über den ganzen Oberkörper läuft“ (Finke) oder, wie in Hannover, „mal auf der Treppe beschleunigt“ - der Rollstuhl wird über die Stufen von Fußgängerunterführungen geschubst. In Polizei-

scheitern“ - inzwischen sind es nur noch 65 Prozent. „Keineswegs gestört oder beeinträchtigt“ würden sich im Restaurant, am Strand, in der Hotelhalle oder irgendwo sonst im Freizeitbereich drei Viertel der Befragten fühlen, wenn da auch Behinderte wären - das war anno 1989. Drei Jahre später ist die „Nachsicht“ um ein Viertel auf 57 Prozent geschrumpft. Doch die Dunkelziffer derer, die den Demoskopen nur eine „gefällige“ Antwort in den Fragebogen diktierten, dürfte hoch sein. Ein Hotelier in Palma de Mallorca kennt, obwohl Spanier, die Deutschen vielleicht besser als deren Demoskopen: Er baut derzeit eine Dependence seines 1200-Betten-Impe-riums: 200 Betten mit eigenem Strand und mit eigenem Personal - nur für Behinderte aus Deutschland.

Daß Behindertenparkplätze zunehmend als „Geheimtip“ für frustrierte Parkplatzsucher gelten - und dort schon mal, wie jüngst in Paderborn, mit deren Faustschlägen gegen den eigentlich Berechtigten verteidigt werden - gehört ebenso zum Behindertenalltag wie der meist gar nicht erst begonnene Kampf um die im Eingangsreich von Bussen und Bahnen ausgeschilderten Sitzplätze für Behinderte. Die werden immer seltener für ihren erklärten Zweck freigehalten und können einem Behinderten schon mal das Risiko einbringen, „eine auf's Dach“ zu kriegen.

Behinderte und Nichtbehinderte, so schien es bis vor wenigen Jahren, leben hierzulande in einer Symbiose zusammen, in der einer den anderen gelte, einer dem anderen von Nutzen ist; solidarisch eben. Wohl nicht im Traum wäre es einem gesunden Bundesbürger eingefallen, einen Behinderten etwa als Bürger minderer Rechte zu bezeichnen. Zu den Standardformeln noch der 80er Jahre gehörte die ebenso simple wie richtige: „Das kann mir doch selber jeden Tag passieren.“ Wie wahr: Sieben von zehn der öffentlich erkennbaren Schwer- und Schwerstbehinderten, darunter nahezu alle Rollstuhlfahrer, haben sich ihre Behinderung dort zugezogen, wo sich Bundesbürger alle Tage denselben Risiken aussetzen: Am Arbeitsplatz, in der Freizeit.

Zwar bekundeten auch in dieser „guten alten Zeit“ annähernd zwei Drittel der gesunden Bundesbürger „Unbehagen“ im Umgang mit Behinderten, aber es war dies ein Unbehagen aus Unsicherheit und Berührungsangst auf dem eigentlich doch kurzen Weg zum behinderten Mitmenschen, wie der Fach-Psychologe und Professor für Sondererziehung an der Universität Dortmund, Dr. Christoph Leyendecker, meint. Umgekehrt registrierte Leyendecker dasselbe Phänomen: „Kaum jemand sagt, Behinderte sollten lieber unter sich bleiben, aber auch kaum ein Behinderter möchte mit Gesunden zusammenleben.“ Das gilt auch für den Freizeitbereich.

Zumindest schien es nie einfach, die Distanz zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu überbrücken. Und es gilt ganz besonders für geistig Behinderte, die von jeher eine unverschuldete Sonderstellung einnahmen. Sie waren sogar in der Hochblüte bundesrepublikanischer „Toleranz“, zwischen etwa 1967 und 1985, eher dadurch beschrieben: „Das sind ja auch Menschen!“ Über die „Auch-Menschen“ kamen sie nie hinaus in der allgemeinen Wertschätzung.

Neu also ist allenfalls der alarmierende Temperatursturz, der die alltäglichen Beziehungen kennzeichnet in einem Land, das sich wie kaum ein zweites aus dem tiefsten Dunkel einer prägenden historischen Erfahrung hin zu einer Gesellschaft des Miteinanders entwickelt hatte: Für die rund 5,4 Millionen behinderten Deutschen - kaum eine halbe Million von ihnen sind überhaupt als Schwerbeschädigte erkennbar - legen sich anderthalb Millionen Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich ins Zeug; eine halbe Million widmen ihre mäßig bezahlte Arbeitskraft den Pflegebedürftigen. Jede zehnte Mark, die hierzulande für Rehabilitation, Pflege, Bildung und Lebensfreude von Behinderten ausgegeben wird, kommt als Spende von privaten Konten. Die großen Hilfswerke von Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk und Caritas bis zum DRK verwenden einen beträchtlichen Teil ihrer Spendeneinnahmen für Behinderte - in einem Land, in dem sich auch die staatliche Absicherung nicht zu verstecken braucht. Es ist kein Zufall, daß mit ihren weit über drei Millionen Mark an Lotteriesätzen die „Aktion Sorgenkind“ zur erfolgreichsten Soziallotterie der Welt wurde. Mehr als 100 Organisationen vertreten die Interessen von Behinderten.

Aber es gibt eben auch diese Seite der Medaille: An der Marburger Universität errechnete ein Doktorand mit pfennigfuchserischer Exaktheit, welcher wirtschaftliche „Schaden“ der Gesellschaft durch einen lebenslang Behinderten entsteht - rund 7,3 Millionen Mark (Stand: 1989) für Pflegeheime und Sonderschulen, für behütende Werkstätten und medizinische Betreuung. Der Autor der Dissertation konnte damit immerhin in einem Land den Doktorhut erwerben, in dem vergleichbare Rechenwerke vor sechzig Jahren die Mathematikbücher der Volksschulen füllten - in propagandistischer Vorbereitung auf den zur „Euthanasie“ (Schöner Tod) erklärten Massenmord mit Gas und Giftspritze. Und auch der Australier Peter Singer, der sich als „Bio-Ethiker“ bezeichnet, was immer das sein mag, und fordert, „Krüppel, Debile, geistig Behinderte“ seien aus einer „gesunden Gesellschaft auszumeren“, sitzt keineswegs im Knast, sondern füllt für seine Vorträge geräumige Säle auch in der Bundesrepublik.

Das hatten wir alles schon: Behinderte als Verfügungsmasse staatlicher Etat-Politik, reduziert auf ein Bild vom Menschen als Produktionsfaktor. Ein Bild, das selbst Skeptiker bereits im Orkus der Geschichte gewährt hatten. Aber es scheint dem neuen, für manchen immer befremdlicher, wenn nicht beängstigender werdenden Deutschland zumindest wieder eines, das die öffentliche Diskussion lohnt.

Eine jede gesellschaftliche Entwicklung hat ihre Avantgarde: Die sieht diesmal womöglich so aus wie jene rund 800 Glatzköpfe in Chemnitz. Dort, am Rande einer trunkenen Juhl-Szene, bekundet ein braver Sachse vorlaut seinen „Abscheu für diesen Mob“. Dann hantelt er katzeneschwind davon - im Rollstuhl. Natürlich kommt er nicht weit. Die neue Zeit ereilt ihn nach zweihundert Metern: Der Mann kann sich aus dem Getümmel unter schüchternem Polizeischutz davonmachen. Gut für ihn. Gut auch für dieses Land.

Ulrike Zielke



qualität“ darin gesehen, daß im pauschal gebuchten Ferien-Hotel auch Rollstuhlfahrer untergebracht waren. Die eigenmächtige Schaffung „rollstuhlfreier Zonen“ hat Konjunktur bei manchen Gastwirten und beschäftigt Dutzende von Amtsgerichten rund ums Jahr. Woraus sich, weil nur wenige Behinderte je gegen öffentliche Diskriminierung klagen, die Dunkelziffer zumindest erraten läßt. Nur - wieviel beleidigte Selbstgerechtigkeit steckt darin, den Gastronomen den Schwarzen Peter zu überlassen? (Über diesen Skandal berichteten

berichten laufen solche Meldungen unter „Unglücksfälle“, auch wenn Tote oder Schwerverletzte zurückbleiben. Verständlich: Man mag keine Nachahmer auf den Plan rufen. Unverständlich: Die Täter kommen meist ungeschoren davon.

Acht von zehn - vor drei Jahren waren es noch neun von zehn - Bundesbürgern möchten Behinderte in unserer Gesellschaft „besonders gefördert und betreut“ wissen. Vor drei Jahren meinten mehr als 75 Prozent noch, diese „gesellschaftliche Aufgabe“ dürfe keinesfalls „an den Kosten

berichten laufen solche Meldungen unter „Unglücksfälle“, auch wenn Tote oder Schwerverletzte zurückbleiben. Verständlich: Man mag keine Nachahmer auf den Plan rufen. Unverständlich: Die Täter kommen meist ungeschoren davon.

Acht von zehn - vor drei Jahren waren es noch neun von zehn - Bundesbürgern möchten Behinderte in unserer Gesellschaft „besonders gefördert und betreut“ wissen. Vor drei Jahren meinten mehr als 75 Prozent noch, diese „gesellschaftliche Aufgabe“ dürfe keinesfalls „an den Kosten

Zaungäste ihrer Geschichte

Henryk M. Broder über das deutsche Interesse an der „Angst der Juden“

Danke der Nachfrage. Es geht mir gut. Nein, ich sitze nicht auf gepackten Koffern. Nächste Woche fahre ich weg. Aber nur nach Wien. Und für zwei Tage. Dann komme ich wieder zurück. Alle machen sich Sorgen um mein Wohlbefinden. Der Stern möchte wissen, „wie man sich so als Jude in Deutschland fühlt“. Ich fühle mich gut, nur das Wetter macht mir zu schaffen. Die Redakteurin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Ob ich nicht Angst hätte, ich müßte doch Angst haben. Irgend- ein Mensch von Burdas neuem Magazin möchte wissen, „wie man sich so als Jude in Deutschland fühlt“. Ich fühle mich gut, wenn ich einen Moment davon absehe, daß ich gerade vom Zahnarzt komme und den Mund nicht bewegen kann.

Der Redakteur ist mit der Antwort nicht zufrieden. Ob ich denn niemand kennen würde, der Angst hätte und auf gepackten Koffern sitzen würde? Bild am Sonntag möchte wissen, „wie man sich so als Jude in Deutschland fühlt“. Ich fühle mich gut, wenn ich nur nicht mit blöden Fragen belämmert würde. Wie, frage ich zurück, wie fühlt man sich so als vollarischer Deutscher in diesen Tagen in Deutschland? Keine Angst? Keine gepackten Koffer? Warum eigentlich nicht?

Gute Frage, sagt der Mann von der Bild am Sonntag, so kann man die Sache auch sehen. Am nächsten Sonntag erscheint in der Bams eine Doppelseite mit lauter Juden, die Angst haben und auf gepackten Koffern sitzen. Lang-

sam frage ich mich, ob hinter der fürsorglichen Geste nicht uneingestandene Wünsche stecken.

In Berlin hat gerade ein Theaterstück Premiere, in dem es um eine junge Jüdin geht, die es in Deutschland nicht mehr aushält. Was derzeit passiert, wäre demnach vor allem ein jüdisches Problem. Dann wäre es wohl am besten, wenn sich eine Gruppe von Juden mit einer Gruppe von Rechtsradikalen zusammensetzen und die Sache untereinander austragen würde. Im Zweifel entscheidet das Los, wer bleiben darf und wer gehen muß.

99,9 Prozent der Deutschen könnten entspannt und unbeeinträchtigt zucken. Sie blieben, was sie schon immer waren: Zaungäste ihrer eigenen Geschichte.

Bildung/Soziales

„Die Bereitschaft zur Behandlung hat zugenommen“

Interview mit Dr. Hugo von Keyserlingk, Chefarzt der Suchtklinik

In Lübstorf bei Schwerin soll eine neue Suchtklinik in privater Trägerschaft in Schwerin gebaut werden. Heißt das, daß die vorhandene Suchtklinik dann ohne Arbeitskräfte und ohne Fachpersonal dasteht und einget?

Es hat sich ja hier in den zurückliegenden fünfzehn Jahren ein stabiles Team gebildet, von dem ein Teil mitgehen und ein Teil hierbleiben wird. Die Vorstellung für die Weiterentwicklung ist die, daß die Klinik für Suchtkrankheiten andere Aufgaben wahrnimmt, - einmal die Entgiftung, zum zweiten die Behandlung von mehrfach Geschädigten und Drogenabhängigen, und schließlich möglicherweise Motivations-Behandlung.

Die vorhandene Klinik ist also in ihrem jetzigen Bestand nicht gefährdet, und Dr. Kretschmann, der jetzige Oberarzt, wird seine Arbeit fortsetzen. Ein anderer Teil des Personals wird mitgehen in die neue Klinik nach Lübstorf. Es wird hier kein Verlust entstehen, sondern es wird ein insgesamt verbessertes gemeinsames Angebot geben.

Wie sieht denn die aktuelle Drogen-Statistik im Bereich Schwerin aus?

Hier in den neuen Bundesländern drogenabhängig Gewordene gibt es laut Statistik kaum. Aber die Schweriner Klinik hat seit einigen Monaten gelegentlich Patienten zur Entgiftung von harten Drogen in Behandlung, die entweder aus den neuen Bundesländern in die alten abgewandert waren und jetzt wieder zurückgekommen sind, oder die überhaupt aus den alten Bundesländern stammen. Keine Frage: Mecklenburg-Vorpommern muß sich darauf einrichten, daß in den nächsten Jahren verstärkt Drogenabhängige zu behandeln sein werden.

Hat sich die Entwicklung in Sachen Alkoholkonsum seit 1989 verändert? Wie hoch wird die Dunkelziffer geschätzt?

Auf der einen Seite wird angesichts der aufgebrochenen sozialen Probleme natürlich verstärkt Konfliktbewältigung mit Alkohol betrieben. Zum anderen sind diejenigen, die Arbeit haben, unter dem

Druck der Verhältnisse bemüht, ihren Alkoholkonsum zu kaschieren und erst gar nicht in Behandlung zu gehen. Insgesamt hat die Bereitschaft zur Behandlung aber doch wohl zugenommen.

Denn psychische Krankheiten und auch Alkoholabhängigkeit sind jetzt nicht mehr so diskriminiert wie früher in der DDR. Und so steigt die Zahl derjenigen, die in Behandlung kommen, gegenwärtig sprunghaft. Viele kommen mit schweren körperlichen Schäden, also eigentlich zu spät zu uns.

Alkohol ist ja heute billiger als zu DDR-Zeiten, und das bei durchschnittlich höheren Einkommen. Wirkt sich das auf den Alkoholkonsum aus?

Ja, ich denke schon. Immerhin bieten Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenhilfe ja beispielsweise arbeitslosen Abhängigen die Gelegenheit zum Weitertrinken, und die Spirituosen sind in der Tat wesentlich billiger.

Interview: Wolfram Pilz

Amnesty international auch in Schwerin

Zusammengehörigkeitsgefühl, Gemeinsinn, gegenseitige Hilfe - so lauten die Synonyme für das Wort Solidarität im Duden. ein Begriff mit dem sich auch die Arbeit und das Wesen von amnesty international (ai) am besten charakterisieren läßt.

Die im Mai 1961 gegründete Initiative des englischen Rechtsanwalts Peter Benenson setzt sich ein für die Wahrung der Menschenrechte in aller Welt. Hauptsächlich tritt amnesty international für die

Freilassung gewaltloser politischer Gefangener ein. Ai-Mitglieder haben sich eine unpolitisch und neutrale Arbeitsweise auf ihre Fahnen geschrieben. Keine ai-Gruppe tritt für die Freilassung von Gefangenen im eigenen Land ein. Es wird kein Geld von Regierungen angenommen.

Amnesty international hat seine Zentrale in dem Internationalen Sekretariat in London, von wo die Informationen und Aktionsvorschläge auf internationaler Ebene, so z.B. der bundesdeutschen Sekti-

on, weitergeleitet werden. Von dort gelangen diese dann auf den Tisch der Aktionsgruppen, so auch in Schwerin. Am 3. Oktober fanden sich Schweriner ai-Mitglieder und Interessenten zur Gründung einer ai-Gruppe zusammen, um künftig gemeinsam für die Menschenrechte einzutreten.

Treffpunkt: Jeden ersten Donnerstag im Monat bei Sabine Heydrich Hospitalstr. 24 O-2757 Schwerin

Vorteile bei Zinsbesteuerung

Besondere Bedingungen für Bausparer

Für Bausparer zieht die Neuordnung der Zinsbesteuerung einer Ausnahmeregelung vor. Bausparer brauchen ihrer Bausparkasse keinen sogenannten Freistellungsauftrag zu erteilen, wenn im Kalenderjahr der Zinsgutschrift oder dem Kalenderjahr vor der Zinsgutschrift eine Wohnungsbauprämie festgesetzt oder gewährt worden ist.

Ab 1993 müssen Kreditinstitute normalerweise 30 % der Zinsgutschriften an das Finanzamt abführen. Der Sparer kann das verhindern, indem er einen sogenannten Freistellungsauftrag bei der Bank einreicht. Alleinerziehende können so Zinseinkünfte bis zu 6 100 DM, Verheiratete bis zu 12 000 DM von dem vorläufigen Zinsabschlag freihalten. Hat der Sparer Guthaben bei mehreren Kreditinstituten, muß er seinen Freibetrag entsprechend aufteilen und mehrere Freistellungsaufträge erteilen.

Für den Bausparer erübrigt sich ein zusätzlicher Freistellungsauftrag an seine Bausparkasse, wenn im Kalenderjahr der Zinsgutschrift oder dem Kalenderjahr zuvor eine Wohnungsbauprämie festgesetzt oder gewährt worden ist.

Für die Bausparzinsen 1993 bedeutet das: Auf einen Freistellungsauftrag verzichten können Bausparer, die 1992 eine Wohnungsbauprämie erhalten haben bzw. für die 1992 eine Wohnungsbauprämie festgesetzt wurde. Dies ist im Normalfall die Prämie für das Sparjahr 1991, wenn der Bausparer seinen Prämienantrag bereits zu Jahresbeginn 1992 eingereicht und das Finanzamt die Prämie im gleichen Jahr gewährt hat.

Dies kann aber auch die Prämie für das Sparjahr 1990 sein, wenn der Bausparer die auf zwei Jahre erweiterte Antragsfrist ausnutzt. Grundsätzlich ist der Zeitpunkt der Prämienge-

währung maßgeblich. Keine Rolle spielt, für welches Sparjahr die Wohnungsbauprämie gewährt wird.

Demnach reicht die Prämien-gewährung für ein weiter zurückliegendes Sparjahr aus, wenn der Prämienantrag z.B. aufgrund der ausstehenden Einkommenssteuerfestsetzung vom Finanzamt nicht früher bearbeitet werden konnte.

Wer für 1992 erstmals oder wieder neu Anspruch auf Prämie hat bzw. seinen Prämienanspruch neu nutzt, könnte theoretisch ebenfalls auf einen Freistellungsauftrag verzichten. Die Betroffenen müßten dann ihren Prämienantrag, den sie im Januar 1993 erhalten, umgehend an ihre Bausparkasse zurücksenden. Ebenso müßten sie umgehend ihren Lohnsteuerjahresausgleich oder ihre Einkommenssteuererklärung beim Finanzamt einreichen. Für die automatische Freistellung von der Zinsabschlagssteuer reicht es aus, daß die Prämie noch im gleichen Jahr gutgeschrieben oder festgestellt wird.

Da aber der Bausparer die Wohnungsbauprämiengutschrift vor Erhalt des Jahreskontoauszugs nicht überprüfen kann, sollte er sicherheitshalber einen Freistellungsauftrag bei der Bausparkasse einreichen. Keine Alternative zum Freistellungsauftrag haben Bausparer, die für ihre Sparleistungen in 1993 erstmals oder nach längerer Zeit wieder neu Anspruch auf Wohnungsbauprämie haben. Die Prämien-gewährung käme für die Befreiung von Zinsabschlagssteuer im Sparjahr 1993 zu spät.

Unabhängig von diesen Überlegungen sollten Prämienberechtigte die Vorteile des Bausparens nutzen. Die Wohnungsbauprämie von 10 Prozent erhöht die Rendite des Bausparens, bleibt aber in jedem Fall steuerfrei. Gänzlich unbesteuerbar bleibt

die geldwerte Anspruch auf das zinsgünstige Bau-spar-darlehen, den der Bausparer durch seine Sparleistungen erwirbt.

Viele haben Anspruch auf Wohnungsbauprämie und wissen es nicht. Das sind vor allem Jugendliche, die vom Kalenderjahr des 18. Geburtstags an selbständig prämieneberechtigt werden.

Für sie sind die Einkommensgrenzen von 27 000 für Alleinstehende und 54 000 für Verheiratete vorerst nur eine theoretische Größe. Auch für andere Bausparer ist diese Grenze nicht so einschneidend, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn es handelt sich um das zu versteuernde Einkommen:

Das Bruttoeinkommen darf deutlich höher sein. Bei einem alleinvertienenden Familienvater mit zwei Kindern sind brutto auf jeden Fall 71 336 DM im Jahr erlaubt, bei Werbungskosten von mehr als 2 000 DM entsprechend mehr.

A. Andree

Mit beschränkter Hoffnung?

Jeder kennt die Abkürzung GmbH, sie steht für die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Bei der GmbH handelt es sich um eine juristische Person, d.h. die Gesellschaft hat eine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie wird dabei im Rechtsverkehr vertreten durch ihren oder ihre Geschäftsführer.

Wie auch jeder natürlichen Person steht einer juristischen Person kein unbegrenztes Vermögen zur Verfügung. Das Vermögen einer GmbH richtet sich nach der Einlage ihrer Gesellschafter, die nach derzeitigen gesetzlichen Regelungen zumindest DM 50 000,00 gemeinsam in das Gesellschaftsvermögen einbringen müssen. Bis auf bestimmte Ausnahmen brauchen die Gesellschafter einer GmbH jedoch nicht damit zu rechnen, über diese Einlage hinaus mit ihrem privaten Vermögen zu haften. Sie sind gerade nicht identisch mit der von ihnen gebildeten Gesellschaft.

Macht nun jemand Geschäfte mit einer GmbH, so weiß er von vorn herein, daß diese nur über ein beschränktes Vermögen verfügt und ggf. als Schuldner auch zahlungsunfähig werden kann. Die Höhe des Gesellschaftsvermögens ergibt sich aus der Eintragung im Handelsregister, die für jeden einsehbar ist.

Unabhängig von der allseits bekannten Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat sich in den vergangenen Monaten eine anscheinend neue Gesellschaftsform bekannt gemacht, die sogenannte Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) mit beschränkter Haftung. Bei einer GbR handelt es sich jedoch gerade nicht um eine eigenständige juristische Person. Die Gesellschafter einer GbR haften regelmäßig mit ihrem

vollen Vermögen, die Vertretung einer GbR erfolgt nach außen hin normalerweise durch ihre sämtlichen Gesellschafter. Da die Haftung im Rechtsverkehr in diesem Falle nicht eingeschränkt bzw. auf ein Gesellschaftsvermögen beschränkt wird, ist die Gründung einer GbR sehr viel einfacher und

Von Rechts wegen

hängt von sehr viel weniger Formerfordernissen ab. Auch eine Eintragung in das Handelsregister - für eine GmbH der „Geburtsakt“ - ist für eine GbR nicht erforderlich.

Angesichts dieser Umstände mag es daher auf den nunmehr zweiten Blick verwundern, wenn eine GbR eine beschränkte Haftung bereits in ihrem Namen verkündet. Es wird dabei der Eindruck erweckt, als ob die Beschränkung der Haftung bereits von vorn herein besteht und nicht mit jedem einzelnen Geschäftspartner vereinbart werden müßte.

Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr muß die GbR, wenn sie ihre Haftung beschränken will, mit jedem ihrer Geschäftspartner diese Haftungsbeschränkung gesondert und ausdrücklich vereinbaren. Die geht beispielsweise auch im Rahmen allgemeiner Geschäftsbedingungen.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, einen geschäftsführenden Gesellschafter zu bestimmen, der durch den Gesellschaftsvertrag in seiner Vertre-

tungsmacht beschränkt wird auf Geschäfte, in denen die Haftung der GbR eingeschränkt wird. Eine derartige Einschränkung muß jedoch für Dritte erkennbar sein.

Der BGH hat nunmehr festgestellt, daß - insbesondere auf Anwaltssozialisten bezogen - der Hinweis auf eine Haftungsbeschränkung im Briefbogen noch nicht ausreicht. Regelmäßig wird bei einer Anwaltssozialität nämlich davon ausgegangen, daß diese ohne Beschränkungen haftet (BGH v. 26.06.1992 - I ZR 120/90).

Der BGH hat sich mit dieser Frage jedoch nicht deswegen auseinandergesetzt, weil sich die Anwaltssozialität auf eine Haftungsbeschränkung berief. Ausgangspunkt war vielmehr eine Rüge der Anwaltskammer gegenüber der Anwaltssozialität auf der Grundlage eines Verstoßes gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb. Dieses Gesetz soll verhindern, daß in einer Wettbewerbssituation in der freien Wirtschaft durch falsche oder täuschende Bezeichnungen Wettbewerbsvorteile erzielt werden. In dem betreffenden Falle stellten die BGH-Richter einen Verstoß gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb fest.

Zugunsten der Anwaltssozialität wird eine unklare Haftungssituation geschaffen, die Mandanten möglicherweise davon abhält, Haftungsansprüche geltend zu machen. Im Ergebnis wird diese Rechtssprechung zumindestens für die nächste Zeit dazu führen, daß weiterhin Anwaltssozialitäten und auch andere BGH-Gesellschaften auf eine pauschale Haftungsbeschränkung verzichten werden.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

R. B. M. - Ihr Partner für . . .



Lieferung von Recyclingmaterial
Annahme von

Wer neu bauen will, muß Altes überwinden!

— umweltgerechten Transport — Entsorgung — Bauschutt- und Betonbruchannahme — Containerdienst — Schüttguttransporte aller Art.

- Betonbruchschocher ● Güteüberwachte MV-Schlacke ● Kabelverlegesand ● Mutterboden
 - Beton- und Straßenabruch ● nicht verunreinigten Bauschutt ● unbelasteten Boden.
- Haben Sie Entsorgungsprobleme?
Rufen Sie uns an!

O-2711 Holthusen/Schwerin, Mittelweg 3
Telefon 293/295, Telefax 294

LEISTUNGSSTÄRKE



Abb.: SJ Samurai de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Abb.: Swift 1,6 GLX.

Abb.: Swift 1,0 GL und Suzuki-Original-Zubehör.

Abb.: Vitara de Luxe, Cabrio. Sondermodell in limitierter Stückzahl.

Steigen Sie ein ins Vergnügen, steigen Sie ein in die Suzuki-Modelle, dann kann die Schau losgehen. Im SJ Samurai de Luxe, 1,31, 51 kW (70 PS), Injection, mit zuschaltbarem Allradantrieb. Im großzügigen Swift 1,6 GLX, 68 kW (93 PS), 16 Ventile. Im Swift 1,0 GL, 39 kW

(53 PS), oder im eleganten Vitara de Luxe, Cabrio, 1,6l, 59 kW (80 PS), mit zuschaltbarem Allradantrieb. Also, nichts wie hin und hereinspaziert bei Ihrem Suzuki-Vertragshändler. Suzuki. Anders als alle anderen.

* Außerhalb der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten nur Besichtigung, keine Beratung, keine Probefahrt, kein Verkauf.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Arnold Schulz
SUZUKI-Vertragshändler

O-2796 Schwerin-Zippendorf
Einfahrt Lindawerk
Am Hang 7
Telefon 21 32 16



Wirtschaft

Das Sorgenkind der Gemeinschaft Griechenland

Als Konstantinos Karamanlis, der Präsident der griechischen Republik, im vergangenen Sommer die Botschafter der EG-Länder zu einem Festessen anlässlich der 10jährigen Mitgliedschaft Griechenlands in der Gemeinschaft einlud, war ihm wohl kaum richtig feierlich zumute: Er, der Ende der 70er Jahre als Premierminister den Beitritt seines Landes stark vorangetrieben hatte, mußte sich eingestehen, daß Griechenland als schwächstes Mitglied zum Sorgenkind der EG geworden ist.

Die wohl gravierendsten Probleme des südlichen EG-Landes sind die übermäßig hohe Staatsverschuldung und Inflation. 1981 machten die öffentlichen Schulden über ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes aus. Während andere EG-Länder durch den wirtschaftlichen Aufschwung der späten achtziger Jahre ihre Haushaltsdefizite erheblich abbauen konnten, wies Griechenland 1990 immer noch eine Haushaltsverschuldung auf, zur Deckung der laufenden Ausgaben mußte das Land neue Kredite aufnehmen.

Wesentliche Ursache für die desolate Finanzsituation ist die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung, die 65 Prozent aller Wirtschaftsaktivitäten kontrolliert, darunter auch Hunderte von verschuldeten Industrieunternehmen. Die Möglichkeiten zur Einsparung sind äußerst begrenzt, da die beiden wichtigsten Ausgabenposten Löhne/Gehälter und Schuldendienst weitgehend festgeschrieben sind. Nach Schätzungen gibt es in Griechenland über 600 000 Staatsangestellte. Der Ex-Regierungschef Andreas Papandreu versorgte 1989 kurz vor den Parlamentswahlen noch rasch rund 90 000 Parteigänger mit sicheren Posten in der Bürokratie, um so zusätzliche Stimmen einzuheimsen.

Auf den Punkt gebracht lautet das Resümee des vergangenen Jahrzehnts, daß die Griechen weit über ihre Verhältnisse gelebt haben. Der schwarze Peter wird in diesem Zusammenhang Papandreu zugeschoben, der mit seiner Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) von 1981 bis 1989 am Ruder war. Seine Politik ermöglichte ein Konsumverhalten, das mit anderen europäischen Ländern durchaus Schritt halten konnte, während die wirtschaftliche Produktivität kaum gesteigert wur-

Fläche:	131 957 qkm
Einwohnerzahl:	10,1 Mio.
Bevölkerungsdichte:	76 Einw. / qkm
BIP/Kopf:	ca. 10 600 DM (1990)
Anteil der Sektoren:	Industrie (30%), darunter Bau (5%) sonstige Dienstleistungen (30%) Handel, Banken, Versicherungen (16%) Landwirtschaft (13%) Transport, Nachrichten (11%)
Wachstumsrate:	+ 1,2% (1990)
Inflationsrate:	+ 21% (1990)
Arbeitslosenquote:	7,7% (1990)

de. Marode Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb nicht mithalten konnten, hielt die Regierung mit Subventionen und Staatsbeteiligungen über Wasser.

Zur Überbrückung der drückenden Schulden wurde erstmals 1985 von der EG eine Finanzhilfe in Höhe von fast vier Milliarden Mark an das Mittelmeerland vergeben. Papandreu versprach den Gemeinschaftspartnern zwar strengste Haushaltsdisziplin, ließ aber seine anfängliche Sparpolitik schon bald fallen, um die Wähler nicht zu verärgern.

Anfang 1991 mußte Brüssel wieder einmal tief in die Tasche greifen, um sein schwächstes Mitgliedland vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Dem seit April 1990 regierenden konservativen Ministerpräsidenten Konstantinos Mitsotakis wurden unter strengen Auflagen 4,5 Milliarden Mark bewilligt: Bis 1993 sollen Rücklagen im Staatshaushalt gebildet, die Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Sektor um 10 Prozent gesenkt und die Inflationsrate (21 Prozent in 1990, 18 Prozent in 1991) auf unter 10 Prozent gedrückt werden.

Zudem verbot die EG Steuermindereinnahmen durch Neuverschuldung zu decken und verlangte von Mitsotakis, die Landwirte, die bis dahin praktisch steuerfrei lebten, zu besteuern. Mit dem Kredit erhielt das Land die Möglichkeit, dringend notwendige Entwicklungsprogramme verwirklichen zu können. Dazu gehören die Modernisierung der Bahnen, des Telefonnetzes, die Errichtung eines neuen Flugplatzes, Straßenbau, Bewässerungsprojekte etc. Von diesen Investitionen erhofft sich die Regierung eine Ankurbelung der Wirtschaftsleistung der griechischen Unternehmen, aber auch Anreize für Investoren aus dem Ausland.

Mitsotakis Wirtschaftspro-

gramm zielt auf eine Privatisierung der rund 400 überschuldeten Unternehmen und Banken, die unter der sozialistischen Regierung verstaatlicht worden waren, um die Staatskasse zu entlasten. Zudem soll zunehmende Liberalisierung den Wettbewerb und private Investitionen ankurbeln.

Beispielsweise war in der wichtigen Lebensmittel- und Getränkeindustrie seit Jahren ein kontinuierlicher Abfall der Produktivität und eine Halbierung der Exporte gegenüber den sechziger Jahren zu beobachten. Einerseits fehlten echte Marktbedingungen, andererseits waren die Kosten durch zweistellige Inflationsraten für die Unternehmen zu hoch, und importierte Produkte verteuerten sich im Zuge der Abwertung der griechischen Drachme innerhalb des Europäischen Währungssystems stetig.

Die schwierige wirtschaftliche Situation im südlichen EG-Staat ist aber auch bedingt durch die geographischen Bedingungen des Landes. Aufgeteilt in zahllose Inseln ist beispielsweise die Erschließung der Regionen durch Infrastruktur aufwendiger als in anderen Ländern. Zudem hat in Griechenland die Landwirtschaft seit Jahrzehnten eine im EG-Vergleich herausragende Bedeutung. Anfang der achtziger Jahre hatte dieser Sektor einen Anteil von 17 Prozent am Bruttoinlandsprodukt und ist heute mit 13 Prozent immer noch ein bedeutender Wirtschaftszweig, der von der EG-Agrarpolitik ungleich härter getroffen wird.

Besonders in der Landwirtschaft aber auch in der Industrie sind kleine Familienbetriebe tätig. Daher wird eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit vermutet und davon ausgegangen, daß die Arbeitslo-

senquote von etwa 8 Prozent nicht sehr aussagekräftig ist.

Im Industriesektor, der etwa ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, dominieren Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie, Wachstumsbranchen mit elektronischen und technologischen Produkten sind unbedeutend. Seit Jahren liegt der Wert der Exporte des Landes um die Hälfte unter dem der Importe. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der bisherige Staatsdirigismus werden hierfür verantwortlich gemacht. Zu den wichtigsten Exportgütern gehören Textilien und Pelzwaren sowie Gemüse, Früchte und Säfte. Diese Waren werden zu einem Anteil von 20 Prozent in die Bundesrepublik, dem wichtigsten Handelspartner innerhalb der EG, geliefert. Umgekehrt bezieht Griechenland aus Deutschland die meisten seiner Importgüter (26 Prozent): Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen.

Obwohl der Handel mit der EG fast zwei Drittel ausmacht, meinen Wirtschaftsforscher, daß Griechenland von europäischen Binnenmarkt-Wettbewerb nur zögernd profitieren wird. Denn gleichzeitig müssen durch eine konsequente Sparpolitik die Wirtschaftsprobleme bewältigt werden.

Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 1,2 Prozent in 1990, wurde 1991 höchstens von einem Wachstum auf Vorjahresniveau gesprochen. Für dieses Jahr prognostiziert die OECD mit Blick auf die Sanierungspolitik eine zwei-prozentige Steigerung, bei einer Inflationsrate von etwa 15 Prozent. Aber selbst optimistische Szenarien gehen davon aus, daß es bis 1994 allenfalls gelingen kann, die Inflationsrate auf 7 Prozent zu drücken, die Arbeitslosenquote nach einem Anstieg auf 10 Prozent wieder auf 8 Prozent zu senken. Immerhin wird in der EG anerkannt, daß Mitsotakis sein ehrgeiziges Programm trotz einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen und Bürgerprotesten durchziehen will. Die Tarifabschlüsse im vergangenen Jahr, die mit 12 Prozent deutlich unter der Inflationsrate liegen, sind ein Indiz.

Maika Telgheder

In loser Folge stellen wir die einzelnen Staaten der Europäischen Gemeinschaft vor.

Privatisierung Osteuropa

Wettlauf mit der Zeit

Nachdem die osteuropäischen Staaten mit der Kleinen Privatisierung - vom Kiosk bis zur Kneipe - verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten hatten, tauchen bei der Umwandlung der großen Industriebetriebe viele Probleme auf.

Der Streit um Wege und Methoden der Privatisierung sprengt vielerorts den vorgegebenen Zeitrahmen und stellt die Geduld der Bevölkerung auf eine harte Probe. In Litauen beispielsweise verursachte das politische und wirtschaftliche Privatisierungs-Gerangel der Bevölkerung soviel Kopfzerbrechen, daß die Litauer ihrem Staats-Chef Landsbergis den Laufpaß gaben: Bei der ersten Parlamentswahl im Herbst 1992 feierten die Repräsentanten des früheren KP-Systems ihr Comeback.

*** Das Staatseigentum.** Wie in den westlichen Marktwirtschaften soll auch in den osteuropäischen Ländern ein öffentlicher Sektor erhalten bleiben. Ob Energieversorgung, kommunale Einrichtungen, Rundfunk, Bildung, Forschung, Gesundheit oder Verkehr - der Staat soll die Eigentumsrechte hier ganz oder zumindest teilweise behalten.

Wie stark die öffentliche Hand in die Wirtschaft eingreift, wird in den einzelnen Ländern unterschiedlich gesehen und geregelt.

*** Die Kleine Privatisierung.** Weitgehend einheitlich verläuft die Privatisierung kleiner Betriebe im Handwerk, Handel und anderen Dienstleistungsbereichen: Die meisten werden versteigert, verkauft oder vermietet.

Mittlere Betriebe finden häufig durch Management-Buyout und Management-Buyin ihren Eigentümer.

In einer anderen Variante dienen Joint-ventures als Vorstufe zur Privatisierung.

*** Die Große Privatisierung.** Hier gibt es zwei grundverschiedene Modelle:

1) In der Tschechoslowakei, in Rußland, Litauen, Rumänien, der Ukraine und Lettland wird die Bevölkerung indirekt am Staatseigentum beteiligt. Der Staat verkauft oder verschenkt Coupons, mit denen Anteile an Unternehmen oder Investitionsfonds erworben werden können. Einen ähnlichen Weg wollen Weißrußland und Polen gehen.

2) In Ungarn, Bulgarien und Estland übernehmen staatliche Agenturen die Privatisierung. Sie verkaufen, was zu verkaufen ist, direkt an Investoren - die übrigen Betriebe werden liquidiert.

Das Coupon-Konzept stößt aber

auch auf Kritik, denn die Bevölkerung zeigt nur geringes Interesse am Erwerb des Produktivkapitals. Zudem keimt Angst auf, daß die vormals staatlichen Vermögenskonzentrationen durch die Coupon-Lösung lediglich in private Monopole überführt werden.

*** Kontrolle.** Unter dem Dach eines Ministeriums haben die meisten Länder eine staatliche Stelle zur Überwachung der unterschiedlichen Privatisierungsprozesse eingerichtet.

Ungarn und Estland übernehmen, mit einigen Abweichungen, das deutsche Treuhandanstalt-Modell. Polen plant ähnliches. Die Rumänen vertrauen die Privatisierung einer Nationalen Agentur an, die allerdings nicht als Eigentümer der Betriebe fungiert.

*** Ausländische Investoren.** In allen Ländern sind ausländisches Kapital und Management erwünscht. Gleichwohl befürchten viele Politiker den Ausverkauf ihres Landes und haben deshalb die Kapitalbeteiligung von Ausländern gesetzlich reglementiert.

Der Erwerb von Grund und Boden ist Ausländern bisher nirgends erlaubt. Nur Ungarn macht eine Ausnahme: Das Land läßt seit 1992 den Erwerb von Immobilien zu.

Auch Rußland pflegt die internationale Zusammenarbeit, allerdings dürfen Ausländer nur maximal 60 Prozent der Aktien eines Unternehmens halten.

Das größte Problem der Privatisierung in Osteuropa und der GUS ist das Zeitlupentempo: Nationale Widerstände im Staatsapparat, die traditionellen Abhängigkeiten der einzelnen Länder untereinander und die alte Nomenklatura behindern die zügige Privatisierung ebenso wie die mangelnde Akzeptanz durch die Bevölkerung.

Zudem fehlen in den meisten Ländern noch die notwendigen Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb: Die Preise sind noch nicht überall freigegeben, ein Wirtschaftsrecht und Kartellgesetz müssen zum Teil noch formuliert werden, der Aufbau eines Bankensystems und kommunaler Verwaltungen steht vielerorts nur auf dem Papier.

Derzeit sind die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen auf dem Privatisierungsweg am weitesten fortgeschritten. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion dagegen droht die Perestroika am Tohuwabohu um Währungen, Unabhängigkeit sowie politische und wirtschaftliche Ideologien zu scheitern. **iwd**

Die Offsetdruckerei,
die Beratung und
Service großschreibt.



DRUCK

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen

- Satz
- Repro
- Buchbinderei
- Druck und
- Versand

Unser Außendienst besucht Sie gern.

LN-Druck, Herrenholz 10-12
2400 Lübeck 1
Telefon (04 51) 144 17 11,
Fax (04 51) 144 10 28

Plattensee

Ferienhäuser
Tel.: 0049 / 95 63 / 14 36

Hamburger Kaufmann sucht alte Mühle, Seegrundstücke und Miethäuser.
Tel. HH 39 26 39
Uwe Terlitschke, HH 50,
Planckstraße 11

Wer gibt Nachhilfeunterricht in Russisch, Englisch und Mathematik?
Tel. SN 21 49 52

Suchen für unsere Kinder altes DDR-Angelspiel (Magnetangeln + Pappaquarium), bitte melden bei Nikolaisen, Tel. 03886 / 29 34

Urlaub in Portugal-Westalgarve

Ferienwohnungen für 2-5 Personen ganzjährig zu vermieten.
Birgit Herbers · Dieter Lorenz
8670 Aljezur
Tel. 00 351 8 29 84 59

Anfragen schriftlich an:
Mecklenburger Aufbruch
Anzeigenannahme
Puschkinstraße 19
O-2750 Schwerin



Der große
Babyausstatter
auf 700 m²
Betriebsfläche

Großes Spielwarenangebot für Kleinkinder
● Schaukelpferd 99,90 DM
● Dreirad 31,90 DM und vieles mehr
● Martan-Kinderwagen 249,90 DM
● Breite Auswahl Autokindersitze

Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch
Mo.-Fr., 9-18.30 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus

Möbeln Sie Ihr Büro auf

Beratung und Planung mit



Vertrieb und Service für:

- Büromöbel
- Büromaschinen
- Bürobedarf
- Werbeartikel
- Stempelanfertigung
- Frankiermaschinen
- Großflächenkopierer

Dr. Bärbel Stefaniak

Wallstraße 68, 2755 Schwerin, Telefon + Fax 0 84 - 81 23 73
Bahnstr. 125, 2820 Hagenow, Telefon + Fax 08 55 - 2 80 06
Steinstr. 64, 2730 Gadebusch, Telefon + Fax 08 56 - 25 22

Kultur

Einen intelligenten Weg finden

Ein Interview mit Thomas de Maiziere, Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern

Herr de Maiziere, in unserer letzten Ausgabe stand ein Artikel, der sich mit der Kulturpolitik des Landes auseinandersetzt, den haben Sie nicht mit Vergnügen gelesen...

Ich halte es für wichtig, daß alle im Bereich der Kultur zusammenarbeiten, das ist schwer genug. Es ist nicht hilfreich, wenn sich gegenseitig der Schwarze Peter zugeschoben wird. Der Artikel war vielleicht gut gemeint, aber von wenig Sachkenntnis getrübt.

Neuralgischer Punkt unserer Kulturpolitik ist die Erhaltung der Theaterlandschaft....

Das Land M-V hat fünf Mehrspartentheater mit jeweils eigenem Klangkörper und darüberhinaus ein weiteres Orchester, die Neubrandenburger Philharmonie und noch weitere Theater. Diese Theater- und Orchesterstruktur hat im Jahr '91 82,9 Mio DM insgesamt gekostet und würde bei vollen Gehältern 185 Mio DM kosten, wenn die Angleichung erreicht ist. Das kann niemand bezahlen. Wir haben Gutachter bestellt, die in jeder Einrichtung waren, die haben auch ermittelt, daß die Auslastung, insbesondere der Musiker nicht den Tarifverträgen entspricht. Hinzu kommt, daß die Dienste der Musiker mit neun Diensten pro Woche ohnehin großzügig bemessen sind. Es sprechen also nicht nur Kostengründe sondern auch Qualitäts- und Auslastungsgründe für eine Veränderung der Orchester- und Theaterlandschaft im Lande. Man muß bundesweit von einer Krise der Stadttheater sprechen, weil die Tarifstrukturen so sind, daß ein Theater eigentlich von diesen Strukturen und nicht von künstlerischer Qualität regiert wird. Die Folge wird sein, daß es binnen zwei drei Jahren nur noch Theater in Form von GmbHs geben wird, das ist der Vorschlag der Gutachter, ob es dazu kommt, müssen die Kommunen entscheiden.

Was sollte sich denn Grundlegendes ändern?

Es müßte einen handhabbaren, einheitlichen Bühnenvertrag geben, und wir müssen die Verkrustungen auflösen. Es kann nicht sein, daß letztlich die Quantität eines Orchesters über seine Qualität entscheidet. Das ist absurd, es ist ebenso absurd, daß die Qualitätseinstufung des Orchesters über die Einstufung des gesamten Theaters entscheidet.

Das ist doch eine bundesweite Entscheidung und nicht die unseres Bundeslandes.

Doch, wir sind nur die ersten, die davon betroffen sind. Wenn wir eine bezahlbare und qualitativ gute Theater- und Orchesterlandschaft halten wollen, dann müssen wir sie auch bezahlen können.

Die Fragen an Ihr Ministerium sind doch: Welche Vorschläge, welche Diskussionsgrundlagen, welche Programme werden hier entwickelt?

Der Vorwurf, wir würden nur moderieren und gleichzeitig zensieren - das paßt ja irgendwie nicht zusammen. Richtig ist, daß wir nicht Träger von einem Theater oder Orchester sind. Wir haben der Stadt Schwerin signalisiert, daß wir, wenn der Landtag dem zustimmt, bereit wären, für die Staatskapelle in besonderer Form die Verantwortung zu übernehmen.

Die Kommunen, also die Träger der Einrichtungen, werfen uns vor, wir würden keine Vorschläge machen, das tun sie auch, wenn wir welche machen. Als Vorschläge verlangt wurden, haben wir das Gutachten erstellen lassen, ohne die Maßgabe, es auch umsetzen zu wollen. Das war dann „ein unerträglicher Eingriff“. Doch dann stellte sich heraus, daß zum Beispiel Rostock selbst noch kein Konzept erarbeitet hatte. Das hat sich inzwischen geändert, das war eine Folge des Gutachtens. Zu be-

haupten, wir würden nur moderieren trifft denn wohl doch nicht zu, wir haben die Diskussion in Gang gebracht.

Frau Schoor hat ihre Arbeit aber als Moderieren beschrieben, „Mißverständnisse“ in diesem Ansatz, also daß das, was von einem Kultusministerium erwartet wird, nicht geleistet wird?

Lassen Sie mich das Bild gebrauchen, das der Direktor des Schweriner Schauspiels gebracht hat, der meinte, die Kultusministerin müsse sich als Baumeister verstehen. Das trifft genau: Wir haben lediglich die Rolle eines Architekten, aber nicht die eines Bauherren.

Wo sind die Entwürfe für die Kulturlandschaft?

Wir haben zum Beispiel für den Bereich Mecklenburg-Strelitz eine Fusion der Philharmonie Neubrandenburg und des Orchesters Neustrelitz vorgeschlagen. Eine Antwort kam bisher nur vom Intendanten, der Träger hat sich bisher noch nicht geäußert. Wir haben auch für die Region Vorpommern eine Fusion - die Anklamer Bühnenfabrik ausgenommen - vorgeschlagen. Greifswald stimmt dem zu, aus Stralsund gibt es keine abschließende Äußerung. Mit der Stadt Schwerin sind wir einig, mit Rostock auch. Dort, wo wir einen Vorschlag gemacht haben und sich die Kommunen nicht einig werden, da wird nach einer Entscheidung des Kabinetts, die hoffentlich bald erfolgt, ein gewisser Druck ausgeübt werden. Das werden wir aber nicht auf dem öffentlichen Markt abhandeln.

Wird nicht mittels des Kooperationsfonds doch Kulturpolitik von Finanzbeamten gemacht?

Der Fond ist ein Element der Förderung der hiesigen Bühnen. Den als Zensur abzutun ist ein Witz. Bislang werden die Förder-

mittel für die sogenannten Beispieltheater verkleckert, das ist nicht sinnvoll. Den reinen Beispielbetrieb, meinen wir, können die Kommunen aufbringen. Es sollen aber Gastspele aus dem Kooperationsfond finanziert werden, nur Gastspele aus dem Land. Den Antrag auf die Mittel und ihre Verwendung, darüber entscheiden Theaterleute, nicht wir. Wo viele Gastspele stattfinden, wo viel angefordert wird, da wird auch viel gefördert. Der Fond wurde von allen - außer Ihrem Artikelschreiber - als sehr sinnvoll begrüßt.

Es gab im Zusammenhang mit der Auflösung der Schweriner Philharmonie die Vermutung, daß parteipolitisches Kalkül mit im Spiel war.

Das ist mir völlig unklar. Warum sollte Parteipolitik in kulturpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen? Das ist weder in dem angesprochenen Fall so gewesen, noch ist das generell zu unterstellen. In den Städten des Landes sind unterschiedliche Mehrheiten vorhanden, die Entscheidungen fallen mit den Kommunen. Das eigentlich Komplizierte ist die regionale Ausgewogenheit der Fördermittel.

Hat die Umstrukturierung in den neuen Bundesländern Auswirkungen auf die alten Länder?

Rückwirkungen gibt es natürlich. Alle neuen Länder sind jetzt - ungewollt - in einer Vorreiterrolle gegenüber den alten Bundesländern. Generell muß man sagen, daß die Kulturlandschaft in der ehemaligen DDR, die in der Regel viel älter war als die DDR, viel reichhaltiger ist als in den alten Bundesländern. Wir möchten aber nicht „runter“ auf das Niveau der alten Bundesländer. Deshalb müssen wir einen intelligenten Weg finden, wie wir quantitativ und qualitativ ein Plus gegenüber den alten Ländern finanzieren können.

Interview: rm/wp

Robert Gernhard

Nachdem er durch Rom gegangen war

*Arm eng, arm schlecht
arm grau, arm dicht
reich weit, reich schön
reich grün, reich Licht.*

*Arm klein, arm schwach
reich groß, reich stark
arm heiß, arm Krach
reich kühl, reich Park.*

*Arm Rauch, arm Schmutz
arm Müll, arm Schrott
reich Ruhm, reich Glanz
reich Kunst, reich Gott.*

Ach ja, ein westdeutsches Gedicht aus der Zeit vor dem Ende des Sozialismus hat auch seinen Reiz, gerade jetzt zur Weihnachtszeit. Und in gewissem Sinn gehören „durch Rom gehen“ und das Gedenken der gemüts- und lebensprägenden Auswirkungen des Geborens in die eine oder die andere Welt für den aufgeklärten Mitteleuropäer ja auch zusammen. Das kann für artig gereimt und wohlgelungen gelten, soweit das Vermögen eines recht begabten Primaners zur Umsetzung der Eindrücke seiner Schulabschlussfahrt dafür maßstäblich ist.

Warum Robert Gernhard, der meist skurrile und mitunter bissige Frankfurter Satiriker und Zeichner, anfangen mußte, so richtig ernst loszudichten, fragen sich gewiß Viele, die den vergleichsweise geringen Unterhaltungswert seiner Gedicht-Bände beklagen. Da fanden wir doch den frühen Gernhard viel stärker, wenn er beispielsweise reimte: „Kafka sprach zu Rudolf Steiner: / von euch Jungs verstehe mich keiner. / Steiner sprach zu Kafka: Franz / ich versteh' dich voll und ganz“.

m. w.

Robert Gernhardt, Körper in Cafés, Gedichte; Hoffmanns-Verlag, Zürich

Kalenderblatt

Zunächst konnte Elisabeth Wellano (Liesl Karlstadt) den langen Lulatsch mit den feuerroten Haaren überhaupt nicht aushalten, und so lehnte sie erst einmal ab, als Karl Valentin sie aufforderte, seine Partnerin zu werden. Die gelernte Verkäuferin versuchte sich weiter als Soubrette in einem Münchener Singpielensemble, bis dieses aufflog. Zwei Jahre nach ihrer Bekanntheit, 1913, trat sie dann zum erstenmal an der Seite des Komikers auf, der sich bereits einen Namen gemacht hatte. Von nun an sind beide unzertrennlich. 35 Jahre lang, mit kurzen Unterbrechungen, stehen sie auf der Bühne der bekanntesten Kabarets in München, Berlin, Zürich und Wien, und das Publikum lacht Tränen über den Chaplin des Wortes und seine Partnerin.

Karl Valentins Mädchen für alles

Am 12. Dezember vor 100 Jahren wurde Liesl Karlstadt geboren

Auch heute noch bewegt uns dieser von Brecht, den Manns und Tucholsky geschätzte Dialektiker des Humors, „der den Tiefsinn des Blödsinns entdeckt hat“ (Franz Blei), der „Dieses aus der Seele, nicht aus dem Bauch kommende Gelächter erzeugt“ (Tim Klein). Denken wir nur an den Buchbinder Wanninger, die Suche nach dem Namen des Notenwirts oder die Szene, in der Valentin in den Senderaum eines Rundfunks hineingerät und von der Karlstadt 25 Meter länglichen Antennendraht kaufen will.

Erst einmal mußte die Wellano jedoch ihren Namen ändern. „Wellano is was für a Trapeznummer“, entschied Valentin, und er bastelte aus dem Namen des von ihm verehrten Komikers Karl Maxstadt das Pseudonym

Liesl Karlstadt für seine Partnerin. In der Wellano, die am 12. Dezember vor 100 Jahren als fünftes von neun Kindern in München geboren wurde, hatte der „Komiker von der traurigen Gestalt“ die ideale Partnerin gefunden. Sie war schlagfertig, musikalisch und konnte improvisieren, was seinem Stil, nie mit einem fertigen Konzept zu arbeiten, entgegenkam. Darüberhinaus gab sie ihm als Mitautorin seiner Texte zahlreiche Anregungen. Daß beide auch ein Liebespaar waren, hat uns erst der unlängst bei Piper veröffentlichte zärtlich-romantische Briefwechsel enthüllt.

Bald war Liesl Karlstadt Karl Valentins Mädchen für alles. Neben ihren Auftritten war sie sein Sekretär und Dramaturg. Sie



kümmerte sich um das Bühnenbild, die Kostüme und die Organisation von Gastspele, und sie schaffte es sogar, den stark hypochondrischen Valentin, der eine panische Angst vor dem Reisen hatte, in den Zug zu setzen. Sie riskierte und verlor 1934 fast ihr gesamtes Vermögen, als sie seinem Wunsch nach der Einrichtung eines Schauer-Kabinetts nachgab, das kurz darauf pleite ging. Die Karlstadt, die im Gegensatz zu Valentin den Luxus wie teure Möbel und Pferde liebte, erlitt darauf schwere Depressionen und einen Nervenzusammenbruch, und es kam zur ersten kurzen Trennung.

Zur zweiten Unterbrechung ihrer gemeinsamen Auftritte kam es Ende der dreißiger Jahre. Valentin hatte sich bald bei den Nazis unbeliebt gemacht. Als er bei einem Karnevalsbumzug seinen Wagen mit Verbotsschildern und dem Wegweiser „Nach Dachau!“ vollstellte, erhielt er Auftrittsver-

bot und lebte bis 1946 in bitterster Armut, denn auch nach dem Zusammenbruch konnte er zunächst nicht wieder Fuß fassen. Die Karlstadt verdingte sich 1941 heimlich auf der Ehrwalder Alm als Mulitreiberin bei den Gebirgsjägern und wurde sogar zum „Stabsgefreiten Gustav“ befördert. Wie auf der Bühne, wurde sie auch im Leben ihrer Rolle als Sancho Pansa gerecht.

Kurz vor seinem Tod 1948 trat Karl Valentin noch ein paarmal auf, und Liesl Karlstadt war wieder sein Gegenpart auf der Bühne. Sie überlebte ihn um zwölf Jahre und versuchte sich erneut als ernsthafte Schauspielerin wie bereits 1931, als sie in Bruno Franks „Sturm im Wasserglas“ erfolgreich war. Sie war noch in kleineren Filmrollen und im Rundfunk präsent, bevor sie am 27. Juli 1960 in Garmisch einem Gehirnschlag erlag.

Dorothee Trapp

Jetzt neu in Ihrer Buchhandlung

<p>Annie Ernaux Eine vollkommene Leidenschaft</p>	<p>ERICA JONG DER LETZTE BLUES</p>	<p>MARION ZIMMER BRADLEY LUCHMOND</p>	<p>DER GROSSE BELLHEIM</p>	<p>Alice Schwarzer Von Liebe + Haß</p>	<p>Für eine zivile Republik</p>	<p>Tiere als Ware</p>	<p>Kursbuch Versicherung</p>
--	---	--	-----------------------------------	---	--	------------------------------	-------------------------------------

Bd. 11523 DM 9,90 »Nicht ohne heimliches Einverständnis wird man dieses Buch lesen, das ausspricht, was bisher niemand zu sagen wagte.« Elle	Bd. 10905 DM 12,90 »...die richtige Antwort auf Bestseller wie »Wenn Frauen zu sehr lieben« und »Liebe als Leid.«« Der Stern	Bd. 11444 DM 12,90 Die »First Lady of Fantasy« entführt ihre Leser auf eine Reise durch ferne Welten und Zeiten.	Bd. 11273 DM 12,00 Hinter den Kulissen eines Kaufhauskonzerns: Ein Krimi um Geld, Macht und Liebe. Anfang Januar im ZDF.	Bd. 11583 DM 14,90 Aktuelle, kämpferische, aber auch zärtliche Essays, Kommentare und Porträts von Alice Schwarzer.	Bd. 11829 DM 12,90 Ein Buch gegen den Rechtsextremismus. Mit Beiträgen von Walter Jens, Helmut Schmidt, Lea Rosh u.v.a.	Bd. 11631 DM 12,90	Bd. 11353 DM 16,90
---	---	---	---	--	--	--------------------	--------------------



Kultur

Eine Sprache finden

„Eine Nacht in Deutschland“ - Schriftsteller lesen in Asylantenheimen

Am 9. November starteten, initiiert durch die Wuppertaler Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, namhafte Autoren eine Aktion unter dem Leitgedanken „Eine Nacht in Deutschland“ - Solidarität mit Minderheiten. Seitdem sind an jedem Sonnabend abend Literaten in

verschiedenen Asylbewerberheimen in Deutschland zu Gast, lesen aus ihren Büchern und Manuskripten, suchen Begegnungen und Gespräche.

Beteiligt an der Aktion sind mehr als 50 Schriftsteller, die honorarfrei lesen. Einer von ihnen, Reiner Kunze, sagte am 9.11. im Asylheim Mengelrode (Thüringen): „Es ist nicht so gedacht, daß wir den Ausländern unsere deutsche Literatur nahebringen wollen. Sondern die deutschen Nachbarn sollen zu den Lesungen in die Heime kommen. Damit schaffen wir auch Kontakte ... Ich gehöre nicht zu denen, die fordern, daß ein Land seine Grenzen uneingeschränkt öffnen sollte. Unsere Lesungen sind vielmehr eine Geste der Verbundenheit mit denen, die vorübergehend oder auf Dauer aufgenommen sind, weil sie Schutz suchen. Jeder deutsche Gewalttäter soll wissen, daß er uns fremder ist als jeder friedfertige Fremde.“

Der Start-Termin ist dabei nicht zufällig gewählt: Am 9. November 1938, in der sogenannten „Reichskristallnacht“, eskalierten die Pogrome gegen die jüdische Bevöl-

kerung in Deutschland; am 9. November 1989 wurde die Mauer eingerissen.

Die Schriftstellerin Herta Müller, die mit ihrem jüngsten Roman „Der Fuchs war schon damals der Jäger“ (Rowohlt Verlag) großen Erfolg hat, war am vergangenen Sonnabend im Schweriner Asylbewerberheim auf dem Großen Dreesch zu Gast. In einem kleinen Zimmer, das ansonsten als Kinderspielzimmer genutzt wird, standen etwa 40 Leute dicht gedrängt oder saßen auf Decken auf dem Fußboden. Es waren Asylbewerber, Sozialarbeiter und Journalisten. Man blieb also unter sich, die erhoffte Begegnung mit der Schweriner Bevölkerung fand nicht statt.

Bevor die 1953 in Rumänien geborene deutsche Schriftstellerin Herta Müller aus ihren Manuskripten zu lesen begann, äußerte sie sich zu der ungewöhnlichen Situation: „Ich bin vorbelastet, ich könnte auch einer von euch sein. Das ist hier kein neutrales Terrain für mich.“ Herta Müller, 1987 aus ihrem Heimatort in Rumänien, aus Temesvar nach Deutschland gekommen, kennt aus ihrer eigenen Biographie das Leben unter Diktatur und Verfolgung. Als Angehörige

der schwindenden deutschen Minderheit in Rumänien und als politisch denkender Mensch wurde sie durch die Securitate observiert und bedrängt. In Deutschland allerdings sah, als sie den deutschen Beamten erklärte, daß sie aus politischen Gründen das Land verlassen mußte und nicht etwa „... zu einem Onkel in den Westen wollte.“

In den Gesprächen während und nach der Lesung, an denen die Ausländerbeauftragte der Stadt Schwerin, Annette Köppinger, der Dezernent für Gesundheit und Soziales beim Magistrat Schwerin, Dr. Jähme, und Hajo Jahn, Mitinitiator von der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, teilnahmen, ging es immer wieder um das Thema Angst. Angst vor den Deutschen. Herta Müller sagte dazu: „Brandsätze sind natürlich sicherer als gesprochene Sätze. Dennoch, jeder muß in seinem Metier antreten. Zuerst kommt die Moral. Ich wünschte mir, daß unsere Aktion morgen früh schon nicht mehr notwendig wäre. Aber das ist wohl nur ein Wunsch.“



Die Reichspoltermänner

Foto: Theatertransfer

Reichspolterabend

Zum Kabarett-Gastspiel am Hamburger Thalia Theater

Matthias Beltz, Achim Konejung, Horst Schroth, Heinrich Pachtl und Arnulf Rating sind Reichspoltermänner, die ihre Finger treffsicher auf die Wunden unserer Zeit legen. In dieser Funktion nun zieht das Kabarettisten-Quintett mit seinem nagelneuen Programm „Reichspolterabend“ (Regie Ulrich Waller) durch ein Land, in dem Ost und West das gemeinsame Schlafzimmer nach kurzer Besichtigung geschockt und in wüster Panik wieder verlassen haben. Statt, so die Poltermänner, wie vernünftige Partner eine Eheberatung aufzusuchen, werden Anwälte eingeschaltet. Während der Bräutigam sich über seinen Anwalt „Treuhand“ die verrottete Aussteuer der Braut unter den Nagel reißt, hofft diese, durch ihr „Komitee für Gerechtigkeit“ wenigstens die Kleider auf dem eigenen Leibe zu retten.

Die Wiedereinführung der Sklaverei. So seien auch die Asylbewerber am besten geschützt: Der Sklave ist Eigentum „und Eigentum verpflichtet ...“

Das Empfinden mancher Westdeutscher bringen darüberhinaus derbe Besser-Wessis auf den Punkt, die „16 Millionen Kommunisten (in Wahrheit 16 Millionen protestantischer Pfarrer)“ als „außergewöhnliche Belastung“ bezeichnen, die man früher absetzen konnte, und die dazu ein abgewandeltes Weihnachtslied intonieren: „Mach zu die Tür ...“

Höhepunkt des Gastspiels ist jedoch ganz ohne Zweifel die Szene eines Ich-bin-der-Martin-Typs von der Mülli-Front mit der Aufforderung zu einer Schweigeminute gegen Rassismus („Ich finde es echt toll, wie wir alle solidarisch gegen Ausländerfeindlichkeit schweigen“).

Insgesamt versprühten Beltz & Co am Alstertor neunzig Minuten Gift und Galle mit Lachern, die im Halse steckenblieben. Einzig ungewohnte Tonprobleme konnten die Poltermänner ein wenig bremsen. Viel Beifall war der verdiente Lohn für diesen humorigen, hintergründig-bösen Abend.

Doch auch die Bundeswehr ist Thema: Ein Angehöriger mit Baseballschläger warnt Skinheads vor einem „Tennisarm“ und verweist auf die staatseigene Waffenkammer („gut sortiert“), um dann (nach den Brandanschlägen von Mölln allerdings geschmacklich unglücklich) zu präzisieren: „Wenn wir Ausländern die Hütte flambieren, dann nur im Ausland“. Zugleich empfiehlt ein selbsternannter „Reichskolonialbevollmächtigter“ (hervorragend: Mat-

Und da es noch nicht genug war, gab es noch eine Bosheit zur Völkerverwundung mit auf den Weg, die da lautet: „Die Menschen sind alle Nomaden und leben wie Nomaden im Speck. Und wenn sie keinen Speck mehr haben, bewegen sie sich vom Fleck“.

Im Februar gastiert der „Reichspolterabend“ noch einmal in der Stadt, auf dem Kabarett-Festival auf Kampnagel. Hingehen lohnt!

Dirk Vollmer



Pablo Picasso: Die Kreuzigung von 1930,

Picasso-Museum Paris

Deutlich wird die neue und belebende, subjektive Formfindung des Sujets im Kontrast zu den ausgestellten Leidensweg-Darstellungen des 19. Jahrhunderts. Es sind getönte Tonreliefs, die die bekannten Motive kolportieren.

Die Künstler des 20. Jahrhunderts benutzen das Motiv der Kreuzigung, befreien es vom Plagiat, indem sie es inhaltlich, individuell verarbeiten und formal erneuern. So wird das historische Klischee überwunden. Ob es den Betrachter provoziert, er es ablehnt oder nicht - Es ist Kunst.

Die Künstler des 20. Jahrhun-

Ageljer



Herta Müller

Foto: Homp

Voraufführung

Karsten Laske, Jahrgang 1965, Schauspieler, seit Januar 1990 im ersten Engagement am Mecklenburgischen Staatstheater in Schwerin, stellt am 14. Dezember im Schweriner Kammertheater im Speicher seinen Erstlingsfilm vor. „Stille Wasser“ heißt der 64-minütige Spielfilm, den er im Auftrage des ZDF für die Reihe „Das kleine Fernsehspiel“ - das experimentelle Alibi des ZDF - hergestellt hat.

„Stille Wasser“ ist ein echter Autorenfilm, Karsten Laske zeichnet zugleich für Drehbuch und Regie verantwortlich. In einem anderen, dem Theater verwandten Genre sich auszuprobieren, reizte Laske, ein Drehbuch zu schreiben. „Das Theater lebt vom gesprochenen Wort, von der Aktion. Im Film kann man auch einfache Bilder sprechen lassen. Außerdem interessierte mich das Psychogramm der weiblichen Hauptrolle.“

Das Drehbuch hatte er zunächst verschiedenen Produzenten ange-

boten, bis schließlich das ZDF die Produktion übernahm. Mit geringstem Budget, in nur 15 Drehtagen (allerdings á 16 Stunden) wurde der Film im August realisiert. Drehorte waren Berlin-Marzahn und Rostock-Lichtenhagen, wo vier Tage nach Abschluß der Dreharbeiten das Ausländerheim brannte. „Das konnten wir natürlich nicht ahnen. Unser Film erzählt eine Geschichte, die diametral entgegengesetzt zu den Ereignissen in Rostock steht: Ein junger Russe, Soldat in Deutschland, desertiert 1990 von der „Roten Armee“. Er flüchtet sich in die kleine Wohnung einer jungen Frau und findet dort Asyl. Irgendwie versuchen sie, miteinander auszukommen ...“

In den Hauptrollen spielen: Corinna Breite, Evgenij Sitochin und Eva Weißenborn; Kamera: Thomas Plenert; Buch und Regie: Karsten Laske.

W.P.

Beginn der Voraufführung 20.15 Uhr

„Jugend kulturell“

„Jugend kulturell“, der monatliche Kulturtreff der Vereins- und Westbank für Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern, startete am 3. Dezember mit einem Auftaktkonzert im Schweriner Konservatorium. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe wird einmal monatlich, immer donnerstags, in den Räumen des Schweriner Konservatoriums talentierten Nachwuchskünstlern aus Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit geboten, sich einem interessierten Publikum - auch im Gespräch - vorzustellen. Präsentiert werden alle Bereiche der darstellenden Kunst: Musik (von Pop bis Klassik), Theater, Kabarett. Vor allem für junge Leute gibt es hier, bei freiem Eintritt, Kultur zum „schnuppern“ und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen.

Bereits seit 1981 gibt es „Jugend kulturell“ in den norddeutschen Städten Hamburg, Hannover und

Kiel, sowie seit Juli des Jahres auch in Magdeburg. Mit dem Start der Veranstaltungsreihe in Schwerin ist „Jugend kulturell“ nun in allen Landeshauptstädten des Verbreitungsgebietes der Vereins- und Westbank vertreten. Basis des Konzeptes ist die enge Zusammenarbeit mit kulturellen Institutionen vor Ort, wie z.B. den jeweiligen Programmbeiräten von „Jugend kulturell“, die die regionale Identität und Verwurzelung des Programms gewährleisten. Mehr als 91 000 Besucher haben bisher die insgesamt 690 Musik-, Theater- oder Kleinkunstabende erlebt.

Das Schweriner Eröffnungskonzert wurde von Schülern des Konservatoriums und des Instituts für Musik und Theater/ Abt. Schwerin hervorragend gestaltet. Im vollbesetzten Saal des Konservatoriums präsentierten sich die jungen Musikanten mit erstaunlichen musikalischen Fähigkeiten. Die nächste Veranstaltung findet im Januar statt.

Kreuzigungsdarstellungen im 20. Jahrhundert

Ausstellung im Pariser Picasso-Museum

Paris - eine Weltmetropole versammelt Menschen aller Kontinente! Und mit weit über 100 Museen sammelt sie, was die Grande Nation in der französischen Hauptstadt hervorgebracht hat oder an- zog: Kurioses und Fetische, wie eine Locke von Robespierre - oder Automobile im neu eröffneten Museum in La Defense; bis hin zu Kunstwerken und Handschriften. So erscheint es selbstverständlich, daß dem spanischen Maler-Genie Pablo Picasso ein Museum zusteht in Paris.

Im Marais-Viertel, das bevorzugter Wohnsitz des Adels und des gehobenen Bürgertums war, wurde das 1656 errichtete „Hôtel Salé“ nach dem Tod Picassos gekonnt restauriert. Der ursprüngliche Bauherr war seinerzeit Verwalter der Salzsteuer. Die historisch wiederhergestellten Räumlichkeiten wurden durch moderne Anbauten ergänzt, die sich nahtlos in die historischen Gegebenheiten einfügen. Nach musealen Gesichtspunkten umgebaut, ist es eines der gelungensten Museen geworden: Ein Raumerlebnis für den Besucher. Kein Prunk- und Protzbau der Postmoderne. Ein Museum von intimer Schönheit, mit Leuchtern, Lampen, Bänken, Stühlen und Tischen von Diego Giacometti. Diese Innenausstattung war die letzte Arbeit vor seinem Tod, er selbst hat die fertige Installation nicht mehr erlebt.

Als Picasso im Herbst 1900 erstmals Paris für wenige Wochen aufsucht, wird die Begegnung mit der Malerei Renoirs, den französischen Neimpressionisten, durch

Toulouse-Lautrec und Degas eine Infektion mit der Moderne. Eingeführt in die Bohème wird er durch die Freundschaft mit dem Dichter Max Jacob, mit dem er sich gemeinsam sein erstes Atelier in Paris teilt. Er tritt endgültig 1904 auf die Bühne der Avantgarde: Paris, Frankreich bleibt seine erwählte Heimat.

Als Picasso 1973 stirbt, hat er ein ungeheuer vielseitiges und innovatives Werk geschaffen, das die Legende dieses Jahrhunderts in mediterraner Direktheit schrieb: die Ideen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Seine Erben können die Erbschaftsteuer entsprechend einem französischen Gesetz zur Nachlaßabtretung in Form von Kunstwerken bezahlen. Diese Auswahl aus seinem Nachlaß bildete den Grundstock für das Picasso-Museum, der beständig erweitert wurde.

Jetzt gehören auch Sonderausstellungen zum Programm. Ein Raum ist der Freundschaft zwischen Apollinaire und Picasso gewidmet. Guillaume Apollinaire war der publizistische Promotor der Avantgarde vor dem ersten Weltkrieg. Eine weitere Ausstellung zeigt das Museum noch bis zum 1. März: „Corps Crucifiés“ mit Werken von Picasso, Bacon, Dix, De Kooning, Guttuso, Sutherland und Saura.

Im Mittelpunkt dieser Schau stehen Picassos Arbeiten zum Thema Kreuzigung von 1892 - 1959. Auffallend talentiert eine Sepia-Federzeichnung von 1896; in Anlehnung

an Rembrandt wird mit Freizügigkeit gezeichnet. Dieses Sujet wird immer wieder aufgegriffen, variiert. Selbst die Darstellung beliebiger Knochen assoziieren die Kreuzigung: Leiden - Sterben - Tod. Seine formalen Neuerungen behandeln das bekannte Sujet nicht einfach in gewohnter Weise. In „Toros y Toreros“ von 1959 wird die Kreuzigung sogar mit dem Stierkampf thematisch verknüpft. Den Mittelpunkt der Ausstellung bildet Picassos „La Crucifixion“ von 1930. Dieses eher kleinformatige Ölbild ist in seiner Formsprache ein wichtiges Schlüsselwerk hin zum Guernica-Bild. Mit zeichnerischen, linearen Formen sind übersteigerte figürliche und kompositorische Neufindungen als Bildinhalte gesteigert. Das historische Sujet ist belebt; glaubhaft erfahrbar im 20. Jahrhundert. Die Malerei ist von dissonanter Farbigkeit von Hellblau, Blutrot, Gelb. Die subjektive Leiderfahrung wurde von Picasso kreativ bewältigt.

Picassos Formfindungen sind wiederholt von anderen Malern aufgegriffen worden. Hier in der Ausstellung am stärksten im Bild „Standing forms II“ von Graham Sutherland. Drei figürlich-vasenartige Objekte stehen wie die drei Kreuze beieinander. Der verdinglichte Mensch. In Darstellung und Farbwahl lehnt Sutherland sich an Picasso an. Ebenso benutzt Antonio Saura „Crucifixion“ von 1979 diese Farbigkeit. Der figürliche Zappel-Philipp mit schlotterndem Körper, ausgestreckten Armen ist ein Mensch im Wahn, den die vier schwarzen Farbflächen an den Bildecken in sein persönliches

Kreuz einschließen. Phasenfotos eines epileptischen Anfalls, in Anstalten angebundene Patienten, fotografiert 1890 bis 1900 belegen naturwissenschaftliches Forschungsinteresse, bei dem der Mensch als Mitmensch abhandelt gekommen ist.

Menschliche Dimensionen finden sich in den kleinen Kohlezeichnungen Willem de Koonings. In der lockeren Zeichnung recken sich die Köpfe vor, tragen mephistophelische Keckheit in der Haltung und ähneln seinen eigenen Gesichtszügen. Drückt sich de Koonings Identifikationswunsch hierin aus? Er unterstreicht die von Picasso gefundenen Möglichkeiten der Neufassung des Themas.

Otto Dix hat mit der kolorierten Federzeichnung das Thema als Affront aufgegriffen. Das gesellschaftskritische Blatt „Der Traum des Sadisten“ von 1922 trägt karrikaturistische Züge, die auch von Grosz bekannt sind. Francis Bacons Tryptichon „Fragment einer Kreuzigung“ von 1944 ist erstmals außerhalb Englands ausgestellt. Die Überdehnung, Streckung und unvollständige Figürlichkeit geht auf Picasso zurück. Dabei betont Bacon die Räumlichkeit des Körpers, steigert sie barock auf flächigem Grund. Isolierte Sinnlichkeit, der Schmerzensschrei im gewundenen Körper.

Forum

Gesetzhärte oder Alibi-Prozesse?

Natürlich muß jeder halbwegs engagierte Bürger mit der Lagebeurteilung von Cora Stephan einverstanden sein. Dennoch meine ich, daß selbst Aufrufe höchster Politiker nur wenig ausrichten werden, denn die Justiz, so wie sie wirkt und gewachsen ist in fast 50 Jahren Nachkriegs-Alt Bundesrepublik ist nahezu ohne antifaschistische Tradition. Daher glaube ich, fehlt dem einzelnen „Rechtspfleger“ und dem System insgesamt das Empfinden für die historische Dimension des Problems des Rechtsradikalismus.

Viele Lehrer und Väter derer, von denen wir heute entsprechenden Beistand einfordern, sind durch das grobgeknappte Netz der „Entnazifizierung“ oder sonstigen politischen Absolution allzu glimpflich hindurchgekommen.

Wen wundern also Verfahren, wenn die denn überhaupt zustandekommen, hart an der Grenze der Straffähigkeit und in der Revision dann doch noch darunter?

Andererseits werden den Opfern, falls sie noch in der Lage gewesen sein sollten sich zu wehren, akribisch die Verfehlungen aufgeschicht, damit sie bei Gelegenheit das nächste Mal auch stille halten.

Die Verbündeten der deutschen Demokraten sitzen im Ausland. Ihre Proteste und die Gefährdung der heiligen Wirtschaftskuh könnten geeignet sein, vielleicht einige Vorzeigeprozesse in Gang zu bringen. Aber die alltägliche Giftmischung kriminell-faschistischer Gewalt ist darüber hinaus viel zu komplex begründet, um mit dem zaghaften Reagieren des Staates auch nur annähernd eingegrenzt zu werden.

M. Wagner

Gastfreies Mecklenburg-Vorpommern

Mit Ihrem Artikel „Zu Gast in M-V“ in der letzten Ausgabe des MA haben Sie wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen. Als Mecklenburger schäme ich mich für die Aussagen und Entscheidungen unseres Innenministers, Herrn Kupfer, gegenüber den vietnamesischen MitbürgerInnen.

Die neue „Weltoffenheit“ in diesem Land bewegt sich offensichtlich in sehr engen Grenzen, die sich in Form von kleinkarierten, parteipolitischen Handlungszwängen zeigen.

Herrn Kupfers „lebhaft“ Begründungen für die Abschiebung verstärken bei mir dieses Bild geradezu.

Wenn dieses politische Schmierentheater nicht so traurig wäre, könnte man den Innenminister noch „bemitleiden“, weil er von einem Fettnapf in den nächsten zu stolpern scheint.

Es ist nur schade für M-V, weil sich für dieses Land in einem wirklichen Klima der Weltoffenheit ungeahnte Möglichkeiten ergeben würden. Ich bin der Meinung, daß die Menschen hier in ihrer über großen Mehrheit ganz tief in ihrem Inneren diese Offenheit auch wollen und brauchen. Von der Gastfreundschaft erst gar nicht zu reden, die hier sehr wohl existiert.

Daß es bei vielen Menschen Ängste vor Neuem bzw. Fremdem gibt, ist sicher nicht zu bestreiten. Ängste sind dazu da, sie so weit als möglich abzubauen. Diese Erfahrungen wird uns niemand abnehmen können.

Trotz der gegenwärtigen Probleme sehe ich hier optimistischer in die Zukunft, als es teilweise in Ihrem Artikel für mich durchklingt. Ich denke, auch in diesem Land gibt es Ansätze zur Verständigung. Sicher sind sie noch nicht



sehr zahlreich, aber wie ist es z.B. zu erklären, daß u.a. sogar Skinheads abseits der Öffentlichkeit Gespräche suchen und auch finden. Ich betone: Ohne Gewalt. Es geht also auch so.

Dabei zeigt sich nach teilweise langen, mühevollen Gesprächen oft sogar manche Gemeinsamkeit, wenn man den anderen toleriert.

Bei einer solchen Gelegenheit erklärte ein Jugendlicher, welcher sich z.B. schon länger als Skinhead bezeichnet sinngemäß: „Es ist oft so, daß er sich manchmal mit den Indianern in Nordamerika verbunden fühle, denen im letzten Jahrhundert ihre letzten Lebens- und Schutzräume genommen wurden.“ Ein gleichaltriger ausländischer Jugendlicher erklärte spontan darauf: „Da kannst du es nachvollziehen, wie sich manche von uns fühlen.“

Vielleicht mag es sich für manchen naiv anhören, aber ich denke es spiegelt etwas von der Situation

wider, in der sich mancher jugendlicher befindet.

Damit hier nichts falsch verstanden wird. Trotz dieser Aussagen gibt es nichts, was Gewalt in irgendeiner Form oder von irgendwelcher Seite rechtfertigen kann.

Ich möchte auch mit Hilfe Ihrer Zeitung versuchen, wenigstens für ein gewisses Maß an Verständnis bei einzelnen Menschen zu werben, weil die Jugendlichen uns im Grunde nur den Spiegel dieser Gesellschaft vorhalten und wir dieses auch als Warnung bzw. versteckten Hilferuf entgegennehmen sollten, um Menschen, seien es Jugendliche, Ausländer u.a. in ihrem Denken und Fühlen zu verstehen.

Hier könnten sich für Politiker mit Charisma, die es leider immer weniger zu geben scheint, weite Betätigungsfelder ergeben. Natürlich wäre hier jeder einzeln gefragt. Der Lohn für den Abbau vieler Ängste könnte eine wirkliche Weltoffenheit werden.

Holger Wegner, Ludwigslust

Empörte Neu-Pinnower

Zur Veröffentlichung vom 27. November 1992 „Im Tal der Ahnungslosen“: Als einer derjenigen zugezogen ist und in Pinnow gebaut hat, habe ich den Artikel mit Betroffenheit gelesen. Betroffenheit deshalb, weil er eine unerträgliche Botschaft hat.

Verkürzt könnte man diese dahingehend zusammenfassen, daß alles Böse und Geschmacklose aus dem Westen kommt. Wenn diese dann auch noch aus mehr oder weniger frei-erfundene Behauptungen abgeleitet wird, ist Widerspruch geboten.

Tatsächlich stellen westliche Beamte unter den Bauherren in Pinnow eine kleine Minderheit dar. Der Gemeinderat von Pinnow hat festgelegt, daß nur 15 Prozent der dortigen Grundstücke an die Landesregierung vergeben werden durften und davon ist wiederum nur ein Teil an ehemalige Westbeamte gegangen, insgesamt sicher weniger als 10 Prozent.

Ca. 85 Prozent der Grundstücke hat die Gemeinde an Pinnower oder Schweriner Bürger verkauft. Dementsprechend ist die Behauptung, daß das Objekt ein Tummelplatz für nordwestdeutsche Architekten darstellt, nichts anderes als eine haltlose Spekulation.

Richtig ist, daß die gesamte Siedlung eine gewisse Monotonie ausstrahlt. Dies ist aber nicht das Ergebnis einfalliger westlicher Architektur sondern mecklenburgischer Bebauungsplanung. Für den Zuschnitt und die Größe der Grundstücke ist die Gemeinde Pinnow verantwortlich. Dies gilt auch für den Bebauungsplan, der im übrigen von den hiesigen Bauaufsichtsbehörden genehmigt worden ist. Mit einer gewissen Liebe zum Detail legt der Bebauungsplan die mecklenburgische Verklammerung, die zulässige Höhe möglicher Zäune (60 cm), das Verbot von Nutzgärten und die Verpflichtung zur

Anpflanzung eines heimisches Baumes (mecklenburgischen!) fest. Auch die Garagen sollen mecklenburgisch sein (verklammert) oder aber es sind nur die angesprochenen Carports zugelassen.

Der von Ihrem Redakteur beobachtete nagelscherengeschnittene Rasen ist mir noch nicht begegnet. Es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, daß es ihn gibt, denn die ganze Anlage ist im wesentlichen noch eine Baustelle.

Angesichts dieses Sachverhaltes fragt man sich, wie man Ihren Artikel zu bewerten hat. Ist es nur schlampiger Journalismus oder gehört er wohl doch eher in die Kategorie der Brunnenvergiftung. Bei nüchterner Bewertung muß man wohl letzteres annehmen.

Bedauerlicherweise gibt es in dem neuen Deutschland immer noch Gruppen, die auf bestimmte Feindbilder fixiert sind. Ich nenne hier nur Rostock und Mölln als Synonym. Ihr Artikel ist sicher ein Beitrag dazu, die „Wessis“ in entsprechender Weise zu stilisieren. Von Ihrer Zeitung habe ich eine derartige Haltung nicht erwartet.

Wolfgang Rudloff, Pinnow

Zum selben Thema:

Wir haben in dem Artikel-Schreiber einen Menschen vor uns, in dessen Schädel nach wie vor eine Mauer errichtet ist und der weder bereit noch fähig scheint, diesen Zustand zu ändern. Er erkennt noch nicht einmal die Bedeutung, die Signalwirkung dieses gemeinsamen Bauvorhabens. Ich hoffe und wünsche, daß in diesem schönen Land noch mehr Pinnows entstehen werden.

Friedrich R. Schwarz, Pinnow

PS: Bei genauem Lesen des Artikels unseres Autors könnte auffallen, daß in keinem Wort west- oder ostdeutsche Befindlichkeiten berührt wurden. rm

Sorge um den Mecklenburger Aufbruch

Daß der „Mecklenburger Aufbruch“ in seinem Fortbestehen bedroht ist, ist offensichtlich mehr als nur eine Sorge. Sollte er sein Erscheinen einstellen müssen, wäre der Verlust für das Land viel größer, als man nach der verhältnismäßig kleinen Zahl seiner Leser vermuten wird.

Was haben wir denn sonst für Zeitungen in Mecklenburg, aus denen eine ehrliche geistige und politische Haltung ersichtlich ist? Die drei alten SED-Tageszeitungen haben sich in die Marktwirtschaft hinüberretten lassen. Sie werden gelesen, weil man - so sagt man - unterrichtet sein muß

über das, was in der Stadt passiert oder amtlich kundgetan wird.

Nach dem Ende der „Norddeutschen Zeitung“ habe ich mich für keine neue Tageszeitung wieder entscheiden können. Wohl aber kaufe ich mir seit nunmehr einem Jahr regelmäßig den „Aufbruch“. Und das tue ich nicht nur wegen des ihm beigegebenen „Leuchtturm“.

Als verhältnismäßig altmodischer Mensch kann ich durchaus nicht mit jedem Beitrag konform gehen. Aber es ist für mich immer wieder wohltuend, zu spüren, daß jeder Beitrag die ehrliche Meinung seines Verfassers vertritt,

der dann ja auch mit seinem Namen für das Gesagte einsteht.

Und so konnte der „Aufbruch“ das auch bleiben, was er zu sein erklärt: eine wirklich „unabhängige Wochenzeitung“. Eine solche ist in unseren unruhigen und Angst machenden Tagen nötiger denn je, muß man doch mit Entsetzen erfahren, wie sich sogar Zeichen eines neu aufkeimenden Antisemitismus ausgerechnet in Deutschland mehren.

Für ein Jahr „Aufbruch“-Lektüre möchte ich Ihnen und allen Mitarbeitern und Beiträgern danken.

Dr. Jürgen Gundlach, Wismar

„Von Weimar kann heute keine Rede sein“?

Die Entwicklung des gewaltbetrienen Radikalismus mag in der gut betuchten bürgerlichen Stube einer in vierzig Jahren gewachsenen Demokratie anders betrachtet werden können als in der Zugluft einer notdürftig zum Haus der Demokratie umgestalteten Baracke, die auf einem Grundstück mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen steht.

Aus der Sicht der Demokraten in den neuen Bundesländern muß der Optimismus von Marion Dönhoff (DIE ZEIT 20.11.), stellvertretend für eine ganze Reihe politisch wacher Bürger der Alt Bundesländer formuliert, fatal erscheinen. Aus der Sicht dieser Demokraten trifft in ihrem lokalen Verantwortungsbereich nämlich genau das zu, was Frau Dönhoff bestreitet: eine fast vollständige Übereinstimmung mit den sozialpolitischen Bedingungen, die zum Scheitern der Weimarer Republik führten. Da ist nicht nur die hohe Arbeitslosenrate, die durch das Verschweigen der „de facto“-Arbeitslosen immer verharmlost wird, eine Parallele. Vor allem trifft zu, was Frau Dönhoff so bezeichnet: einem tief im Obrigkeitsstaatlichen Denken gelegenen Volk wird eine parlamentarische Demokratie übergestülpt. Dem wird entgegengehalten, daß dieses Volk in einem selbstbewußten Aufbegehren aus eigener Kraft diesen verhassten Obrigkeitsstaat abgeworfen hat. Aber hat es damit diese Demokratie haben wollen?

Die Initiatoren dieser Volksbewegung stehen von ihren Anhängern und Mitläufern verlassen da (zur Genugtuung der großen Parteien, von denen diese Außenseiter im politischen Geschäft mißtrauisch beäugt wurden). Das Feuer lebendiger Basisdemokratie des Jahres 1989 ist erstickt worden durch die unbedachte schnelle Eingemeindung der ostdeutschen Demokraten in die Apparate der großen etablierten Parteien.

Dort können sie in den Augen der Bürger der neuen Bundesländer kaum wirksam werden; ihre Stimmen gehen im statistisch rechnenden Mehrheitswahlsystem unter. Überhaupt beginnt die Meinung um sich zu greifen, daß in einer 2/3-Mehrheit eingestimmten Parteiendemokratie ein ganzes Territorium, das nur 25 Prozent des Stimmenvolumens bringt, schlichtweg vernachlässigt werden kann.

Die zwar nicht immer durch Sachkenntnis und Effizienz gekennzeichnete, aber doch aufopferungsvolle Tätigkeit der Landesregierungen kann kaum Vertrauen bei den Bürgern erwerben, sind diese Regierungen doch angesichts der ungeheuren Finanznot und der spezifischen Rezession in diesen Ländern in die Rolle von Konkursverwaltern gedrängt, die ein Stück sozialer Sicherheit, Kultur und Bildung nach dem anderen verschleudern müssen.

Unter diesen Umständen tritt der

demokratische Staat dem hiesigen Bürger nur in der Form der (hier bisher ganz ungewohnten) vielblättrigen Einkommenssteuererklärung, Rentenanträge (die dann nicht ordnungsgemäß beschieden werden können, weil noch heute die Rechenprogramme nicht arbeiten) Arbeits- und Wohngeldämter entgegen. Dies alles sind keine Anreize für Identifikationsprozesse mit dem demokratischen Rechtsstaat. Wer hierzulande die Bürde des Aufbaus von Strukturen in den demokratischen Parteien übernommen hat, weiß, wie groß Resignation und Apathie in der Bevölkerung sind. Die „Unpolitischen“ sind die schweigende Mehrheit. Vor diesem Hintergrund laufen die charakteristischen Polarisierungsprozesse der Gewaltbereitschaft. Vor diesem Hintergrund muß man befürchten, daß der negativen emotionalen Gewalt bei der Mehrheit der Bürger hier nicht genug Widerstand entgegengesetzt wird. Die Masse der Bürger lehnt Gewalt ab, aber mit demokratischem Bewußtsein für diesen neuen Staat zu kämpfen, davon sind die meisten weit entfernt.

So kann man nur davor warnen, die optimistische Einschätzung der „Kraft der Demokratie“ auf die neuen Bundesländer auszudehnen; und man muß davor warnen, die Gewaltbereitschaft auch in den alten Bundesländern zu unterschätzen.

Ulrike Hammer, Rostock

Datenschutz oder Gerechtigkeit

Die Haupturlaubszeit ist zu Ende, Mecklenburg gehört wieder den Mecklenburgern - eigentlich Zeit für den Landesfremdenverkehrsverband, etwas Ruhe in die eigene Arbeit einkehren zu lassen, nach der erfolgreichen Saison. Stattdessen wird der Hauptgeschäftsführer des LFV von seinem Vorstand gefeuert. Grund: Angebliche Stasi-Mitarbeit.

Der „Fall Porath“ schlägt Wellen: Immerhin ist der Landesfremdenverkehrsverband (LFV) die höchste Instanz, wenn es um Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern geht. Und Dr. Porath repräsentierte dieses Land, machte Werbung für seine Schönheiten, Sehenswürdigkeiten und Urlaubsziele. Keine internationale Tourismusborse, wo er nicht die Trommel für den touristischen Nordosten Deutschlands rührte. Und er war damit erfolgreich.

Dieses Wirken kann er nicht mehr fortsetzen, jedenfalls nicht in seinem eigenen Verband. Vor dem Rostocker Arbeitsgericht läuft jetzt seine Kündigungsschutzklage. Dr. Porath soll informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen sein. Aber diese Kündigung und der jetzige Prozeß werfen mehr als die Frage „Stasi - ja oder nein“ auf, es geht vielmehr darum: Wer eigentlich darf denn nun Einblick in die sogenannten „Täterakten“ nehmen und: Sind hierin beschriebene „Täter“ so gleich ein solches Freiwild, daß man sie eigentlich nur noch abschießen kann, ohne Rücksicht, in diesem Fall auf Datenschutzgesetz?

Die Vorgeschichte. Dr. Bertram Porath arbeitete zu DDR-Zeiten als Geologe an der Martin-Luther-Universität Halle, kam in Wendezeiten Anfang 1990 nach Rostock ins rathaus-

eigene „Amt für Internationale Beziehungen“. Im Mai 1991 wurde er dort Amtsleiter, mittlerweile war dieser Bereich umbenannt worden in „Amt für Tourismus“.

In dieser Zeit beantragte Bürgerschaftspräsident Christoph Kleemann, er gehört dem Bündnis '90 an, bei der Gauck-Behörde in Berlin die Überprüfung aller Bürgerschaftsabgeordneten, Senatoren und Amtsleiter auf frühere Stasi-Mitarbeiterschaft. Und bei Dr. Bertram Porath kam heraus: Er hatte Berichte fürs MFS geschrieben.

Nur, und jetzt beginnt die Geschichte: Als Christoph Kleemann im November '91 den Überprüfungs-Bescheid aus Berlin in der Hand hält, war Dr. Porath überhaupt kein Amtsleiter mehr. Er hatte vorher gekündigt und arbeitete als Geschäftsführer des Landesfremdenverkehrsverbandes. Laut Datenschutzexperten hätte der Rostocker Bürgerschaftspräsident die „Akte Porath“ ungeöffnet an die Gauck-Behörde zurückschicken müssen. Was nicht geschah. Vielmehr ging aus dem Rostocker Bürgerschaftsbüro ein Brief nach Schwerin auf die Reise: Ungeachtet des Datenschutzes informierte Kleemann darin Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidenten Bernd Seite davon, daß ja noch eine „Täterakte Porath“ bei ihm liege. Seite ging zum LFV-Vorstand und das Ende vom Lied heißt: Dr. Bertram Porath wurde daraufhin Mitte November als Geschäftsführer entlassen.

Im Kindermund heißt so etwas schlicht und ergreifend „petzen“, aber Christoph Kleemann fühlt sich nicht als „Petzer“: „Ich bin gewiß kein Hexenjäger. Aber ich fühlte mich moralisch verpflichtet, den Mi-

nisterpräsidenten über Poraths Stasi-Mitarbeit zu informieren.“

Genau das aber läuft dem Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten und Datenschutzgesetzen gründlich zuwider. Gisbert Pagel, Mitarbeiter des Datenschutzauftragten in Mecklenburg-Vorpommern: „Kleemann hätte den Ministerpräsidenten nur mit Einwilligung Poraths über dessen Überprüfungsbescheid informieren dürfen.“ Fast überflüssig zu erwähnen, daß sich Christoph Kleemann nicht um eine solche Einwilligung Poraths bemühte.

Vor dem Rostocker Arbeitsgericht erklärte Porath jetzt, daß er lediglich einen Bericht über seine persönliche Sicherheit während eines dienstlichen Aufenthaltes 1985 im Jemen schreiben mußte, weil zu dieser Zeit dort ein Bürgerkrieg tobte. Nach Berichtsabgabe mußte er bei der Staatssicherheit noch eine „Stillschweigerklärung“ unterzeichnen - aber keine Verpflichtung als „informeller Mitarbeiter“.

Wie stark er tatsächlich in die MfS-Krake verstrickt war, kann nur der weitere Arbeitsgerichtsprozeß - Gutachter der Gauck-Behörde werden geladen - zeigen. Strenggenommen hätte es soweit allerdings nicht kommen dürfen. Unangebrachter Dienstleister des Rostocker Bürgerschaftspräsidenten - der als früherer engagierter Pastor in der Hansestadt bisher den Ruf des untadeligen Demokraten genoss - löste hier einen Fall aus, der mehr erste Fragen aufwirft, als es Christoph Kleemann lieb sein könnte.

Denn: Aus dem „Fall Porath“ ist ein „Fall Kleemann“ geworden.

Martin von Schade, Rostock

Top-Entscheidungen brauchen Top-Informationen



Suchen Sie sich Ihre Zeitung nach dem Nutzen aus.

Wer intelligent und leistungsorientiert denkt, will teilhaben an Informationen, die zwar jedem zugänglich aber nicht überall nachzulesen sind. Wer Verantwortung in Wirtschaft und Verwaltung übernimmt, braucht Entscheidungshilfen, auf die er sich verlassen kann. Das Handelsblatt bietet Ihnen beides: die aktuelle Nachricht und die genaue Analyse. Die kompetente Meinung und die begründete Prognose. Sie haben zu jeder Zeit den Einblick in die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik weltweit, verfügen über Insiderwissen aus Geld und Kredit, Unternehmen und Märkte sowie detaillierte Informationen über Börsen, Kurse,

Rohstoffmärkte. Diesen täglichen Wissensvorsprung können Sie abonnieren. Und im Gegensatz zu anderen Tageszeitungen von der Steuer absetzen. Das Handelsblatt ist erhältlich im Zeitungs- und Zeitschriftenhandel oder als Kurzabonnement zum Kennenlernen für einen Monat (20 Ausgaben) zum Preis von DM 26,— (statt DM 56,—). Sie können dann immer noch entscheiden, ob Sie weiterlesen möchten.

Fax für Schnellentschlossene:
0211/ 13 35 22 oder Telefon zum Nulltarif 0130/ 93 88.
Handelsblatt-Leserservice, Postfach 10 27 53, 4000 Düsseldorf 1.



Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung

Vermischtes

Up platt:

Wihnachtsabend un Sünndagsmorgen

Man gaud. In Dütschland kann jederein maken wat hei will. Tämlich. Ob dat nu gaud is, wat einer maket, markt hei mannigmal glicks, mannigmal bäten wat later, mannigmal nie nich.

So makt ok mit de Wihnachtsabend jederein wat hei will. Wecke Lüd nähmt denn ehren Johresurlaub. Ruter ut de klöterignatkolle un düstere Johrestied mit de korten Dag un de langen Nächte un rinner in denn ewigen Sommer vun de Malediven. Dat is wat. Un dat niege Johr drapt denn Minschen frischverstaht un brungebrannt an.

För ein anner Ort vun Lüd, un dat is keine Minderheit, ward dat in de Wihnachtstied dull hektisch. Kann angahn, ok dat is eine natürliche Reaktion up dat ruge Wäder. Wenn einer in de kolle Johrestied nich freren will, denn möt hei sick bewägen. So lopen se denn vun Geschäft tau Geschäft un vun Wihnachtsfeier tau Wihnachtsfeier un hollt sick mit ehre Wihnachtshektik warm.

Wat de Maledivenfohrers an' Wihnachtsabend maken, wer weit dat. Awer vun de, de tau Hus bliewt, wannert an dissen Abend ein' Barg Lüd in de heimatischen Kirchen. Ruter ut de hektik, flink de Sünndagskledaschen an, rinner in de Kirch. Un denn geiht dat Wunnern los. Kiek mal eins, wat dat hier fierlich is, Unkel Heini un Tante Elli sünd ok dor un sogor ehr Döchtling mit ehren Fründ. Un denn nah Hus, un denn gaud äten un drinken un denn noch ein inniges Gebet tau unsen Herrn: Gott si Dank, dat hebbt wi achter uns.

In dat niege Johr gifft dat wedder un so as ümmer einen Sünndag nah denn annern un ümmer eine Woch dor mank. Un an disse Sünndage kann wedder jederein maken wat hei will. Wer weit noch wat vun de teihn Gebote un vun Fierdaghillingen. Un woför sall dat gaud sin. Un wat is dat öwerhaupt.

Un wenn schon Fierdaghillingen. Denn ollen Mann mit denn griesen Bort, denn einige vun uns Gott nähumen dauht, denn find't wecke Lüd an' Sünndagsmorgen an' besten in' Holl'n. In' Bäukenholl'n sall dat an' iersten glücken. Mit dat Gottfinnen. Dor sall hei sick fastsett hebben. So sünd se dor denn, wenn dat glückt hett, un se

em funnen hebbt, ganz allein mit em. As in't Gebet. Seggt se. Un keineiner kümmt ehr mit Moral un sowat.

Anner Lüd widdert annerswo de beste Chance för dat Gottfinnen. In de Bibel sall ja stahn, Gott begegnet denn Minschen an' intensivsten in sine Mitmischen. Dorüm gaht disse Lüd an' Sünndagsmorgen in' Kraug. Dor, an' Stammdisch, steiht ehr in jeden Stammdischbrauder Gott ganz persönlich gägenöwer. Gott in allerlei Gestalten.

Un wedder anner Lüd, de hebbt dat an' Sünndagsmorgen mit dat Slapen. Endlich mal utslapen. Wenn dat schon in de Schaul un bi de Arbeid nich möglich is, jedenfalls nich so mi nicks di nicks, denn is doch de Sünndag de rechte Dag dorför. Un woso sall man nich so as de Tiéd ok denn Sünndag verslapen. Dat is dull Mod worden.

Dat gifft noch vüle Orten vun Beschäftigungen för denn Sünndagsmorgen. Eine tämliche Minderheit, Minderheiten sünd hütendags ja in, geiht Sünndagsmorgens af un an in de Kirch. Ahn dat Wihnachten is. Blot wat sall dat?

Na, immerhin kann einer dor ok slapen. De Kirchenslap sall noch grad so gesund sin as de Büroslap. Un denn kann einer ok dor, wenn dat glückt, Gott finnen. As in' Holl'n un an' Stammdisch. Wenn dat glückt. Un denn?

Ein' gauden Fründ vun mi, de

tau disse Kirchgängerminderheit tauhürt, hett annernüch vertellt vun sinen Kirchgang an' Sünndagsmorgen un vun dat un denn. Tauerst, wenn hei in de Kirch ankümmt, hett hei all einen schönen langen Spaziergang achter sick. Un hei seggt, an' Sünndagsmorgen makt ein Spaziergang sogor in de Stadt Spaß. De meißten Lüd slapen denn noch oder sünd in' Holl'n ünnerwägens. Un wenn dat denn los geiht in de Kirch, denn ümmer mit Gesang. Wo man singt bös nich gewinnt. Ja, scheun wier dat. Wenn dat in de Kirch keine bösen Minschen gäben wür. Seggt min Fründ. Awer dat is nu man so as dat is.

Achter denn Gesang kümmt dat Vörläsen ut de Bibel. Wat ut de Bibel hüren, meint min Fründ, dat möt ok wat för Atheisten sin, denn grad de Atheisten ünner de osteuropäischen Dissidenten wüßten in de Bibel bös gaud Bescheid. An' iersten Advent taun Exempel wür vörläst: „Du sast dinen Näbenmischen grad so väl Leiw taukamen lassen, as du di sülwen leiw hest“. För wenn paßt dat nich.

Wenn dat Vörläsen vöbi is, kümmt de Prädigt. Dat is as eine Lihrstunn öwer dat Tauhopläben vun de Minschen, wat se sick dorbi denkt un wo se dat makt un wat se dorbi för Macken kriecht. Up hochdütsch heit sowat Soziologie, Philosophie un Psychologie. Un Religion kümmt dor in de Regel ok in vör. Afschlaten ward dat allens

mit Kirchenökonomie. Dortau ward de Klingelbüddel rümmerreich. Spenden för Bedürftige. Vun rechts wägen kann ok dat einen Atheisten nich schaden.

Un sungen ward immer wedder. Wo ward hüt noch sungen? Ok dat kann nich schaden. Un wenn de Kirchenpianist einen gauden Kirchenpianisten is, denn hürt tau denn Gottesdienst noch ein lüttes Orgelkonzert. Ahn Intrittsgeld.

Ganz taun Schluß awer kamt Gebet un Sägen. Dormit is dat nich so einfach. Doch min Fründ meint, ok dat kann blot gaud dauhn. Ok wenn de Herrgott grad annerwägens sine Hantierungen nahegeht un nich tauhürt. Gebet, dat is sonne Ort vun Willensbekundung un Sägen is ein gauder Wunsch.

Doch jederein kann an' Wihnachtsabend un an' Sünndagsmorgen maken wat hei will. Kann un sall maken wat em gaud deiht. Awer irgendwann eins, denn möt hei irgendwo denn dütschen Part in de multikulturelle Gesellschaft utfüllen. Dor sitten denn Lüd tauhop ut aller Herren Länner un vertellt un vertellt, un denn bautz is hei an. Ja, un denn geiht dat los mit de dütschen Bäuken un Eiken, denn dütschen Stammdisch un de dütsche Slapstuw. Klor. Dat allens hürt tau de dütsche Kultur. Kann awer angahn ok noch bäten wat vun dat, wat min Fründ wihnachtsabends un sünndagsmorgens in de dütsche Kirchen beläwt.

Korl Bäk

Mein wunderbarer Alltag

Sonnabendvormittag im Café im Fünfgebäudehaus in Rostock. Gegenüber der Eingang zur Universität. Dort hinten die Fußgängerzone. Sie ist noch nicht ganz aufgewacht aus ihren realsozialistischen Verpuppungen. Zwischenzeiten. Es ist kalt.



Udo Knapp

Eine Gruppe Peruaner - verwegene Musikanten - unterhalten mit Indianerliedern aus den Anden. Märchenrhythmen für Sonnabendmorgens. Tanzmusik wohl von ausgelassenen Dorffesten.

Vor ihnen unter den Zuhörern Romajungen und -mädchen, die mit einer Mütze herumlaufen und abkassieren.

Im Fünfgebäudehaus ist in einem Glaskasten ein Glockenspiel installiert. Der Glockenspieler, der dort wohl

Zuerst verjagt er unter Beifallsgemurmel der Zuhörer die Romakinder, dann läßt er sich die Ausweise der Peruaner zeigen. Aus irgendwelchen Gründen müssen sie ihre Instrumente einpacken.

Der Glockenspieler hat wohl auch die Lust am Spektakel verloren und sein Glockenspiel zugesperrt. Niemand protestiert. Was bleibt übrig? Gähnende Leere, Langeweile und mein melancholisches Fantasieren über eine ordentliche Massenkeilerei und eine genossene Versöhnung auf einem interkontinentalen Dorffest mitten in Rostock. Aber Rostock ist eben kein Dorf. Rostock ist die heimliche Hauptstadt an der Ostsee.

Kulinarisch:

MA beißt an ...

Essen wie „... bi Muddern to Hus“ „Zur Linde“ in Sukow

Es gibt ja Leute, die sich einbilden, ihnen würde die Zimmerdecke am Wochenende auf den Kopf fallen. Für die gibts dann immer noch diese Landschaftsreservate zum spazieren und Luft holen.

Da is dann Mittag selber kochen natürlich nich drin. Und ein wirklich gutes Essen is in ostdeutschen Wirthäusern noch lange nich garantiert. Da lauert allerorten die Mikrowellen-Aufwärmküche, so nach dem Motto: Der Kühltruhen-Chef empfielt. Und da wird kräftig abgezockt.

Aber es gibt ja noch den alten Insider-Tip: versuchs doch mal mit 'ner Dorfkneipe, z.B. die „Linde“ in Sukow, das isn Dorf etwa zwischen Schwerin und Crivitz gelegen. Also mal schnell fünf Schritt laufen und dann die teuer erstandene individuelle Motorisierung anschmeißen - in der „Linde“ gibts ein Eisbein, meinliebermann, das geht für zwei weg. Dazu in allerbesten Ausführung

und für schlappe 8.90 Mark (nochmal in Worten: achtmark-neunzig!). Is allerdings 'n Sonderangebot, gibts wohl nich immer, muß man sich sputen.

Vorn paar Wochen hätte die Kneipe, was das Ambiente betrifft, ja noch ne glatte Zitrone verdient. Aber klar: kommt Geld - kommt Klinker, also Um- und Ausbau. Is ne ganze Menge Licht und weiße Tünche in die Bude gekommen. Freilich is dabei 'n bißchen viel dummgrünes Plastikgewächs in den Vordergrund geraten. Aber man kann gut sitzen und deutlich erkennen, was da aufm Teller is. Und das kann sich sehen lassen. Kommt nämlich ausm echten Mehrgenerationenfamilienküchenbetrieb. Solide alte Schule sozusagen. Is nich etwa exklusiv, ne, nur einfach gut. Und fast zu Arbeitslosenpreisen. Fast, wie gesagt.

Und wenn da doch mal auf irgendeinem Teller was übrigbleibt, kann man schon mal mit 'ner Plastiktüte rumgehen und einsammeln - für'n Hund zu Hause. Nimmt hier wirklich keiner krumm. Also 'n gesundes Sozialverhalten kriegt man hier gratis serviert.

Die Kneipe liegt übrigens gleich hinterm Bahnhof, aber das stört nich - fährt kaum noch'n Zug.

Ambiente: modernisiert ostdeutsch Bedienung: schon o.k.; muß eben ansagen, wastu willst Speisen: dafür könnte man wirklich mal hinfahren

Historisches Gebäude rekonstruiert

Nach eineinhalb Jahren Bauzeit wird am 12. Dezember die ehemalige Justizkanzlei in der Schweriner Schelfstadt wiedereröffnet. Das 1813 von Barca errichtete Gebäude am Schelfmarkt wurde 1837 nach einem Entwurf Demmlers erweitert. Bis zur Fusion der Residenz Schwerin und der Neustadt auf der Schelfe (Schelfstadt) 1832 fungierte es als Rathaus. Demmler ließ 1837 das im Hof befindliche zweigeschossige Fachwerkgebäude über die gesamte Grundstücksbreite errichten. Ursprünglich wurde das Hofgebäude als Haftanstalt genutzt, später nur noch speziell als Frauengefängnis.

1962 bis 65 wurde es zu einer Kinderkrippe um- und ausgebaut. 1986 schließlich mußte das histori-

sche Gebäude aufgrund erheblicher baulicher Mängel teilweise gesperrt werden. Bei der Rekonstruktion und Modernisierung des Hauses waren genaue Auflagen des Schweriner Bauamtes und des Denkmalschutzes zu beachten. Dabei lag natürlich der Wunsch nahe, das Gebäude entsprechend seiner ursprünglichen Nutzung wieder der Rechtspflege zuzuführen. Insgesamt zehn Firmen der Rechts- und Steuerberatung mit mehr als 100 Arbeitsplätzen werden hier einziehen.

Der zukünftige Hauptnutzer wird die Steuerberatungs-Firma Polley, Johannes+Partner mit ca. 50 Arbeitsplätzen sein. Damit entsteht hier ein Dienstleistungszentrum der Rechtspflege.

Auf ein Neues! 1993

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Ich abonniere den Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname, Straße/Hausnummer, PLZ/Wohnort, Telefon

Der Preis schließt die Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Table with columns for payment frequency (vierzehntäglich, wöchentlich) and price (38,00 DM, 60,00 DM, 100,00 DM, 75,00 DM, 120,00 DM, 200,00 DM)

Zahlungsweise: Ich wähle das Abo für, Ich wähle das Förder-Abo für, Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für, Gegen Rechnung, Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

* Wir streben an, sobald als möglich, wieder wöchentlich zu erscheinen, ab dann gilt die zweite Rubrik.

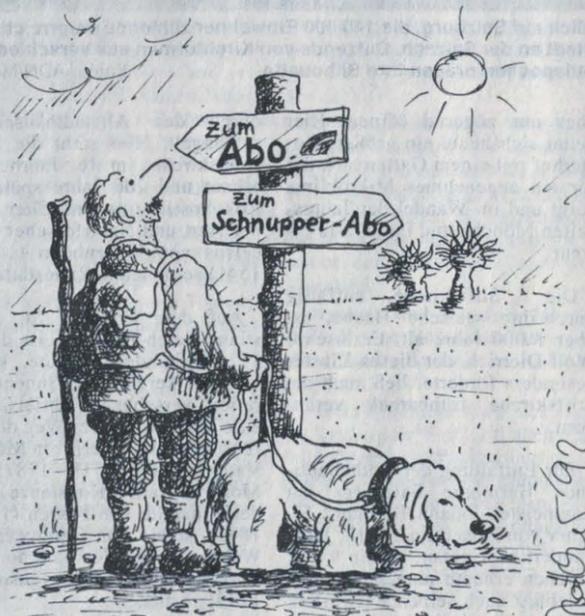
Bankleitzahl, Kontonummer, Bankinstitut

Name/Unterschrift

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an: Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 15 DM incl. Versand

Ich möchte den Mecklenburger Aufbruch 10mal geliefert bekommen.

Name/Vorname, Straße/Hausnummer, PLZ/Wohnort, Telefon

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

- Zahlungsmöglichkeiten: Ich lege 15 DM in Briemarken bei, Ich lege 15 DM in bar bei, Ich lege einen Verrechnungsscheck über 15 DM bei.

Name/Unterschrift

Das Abo endet nach einem Vierteljahr, sollte von Ihnen keine Abbestellung bei uns vorliegen, geht Ihr Abonnement automatisch in ein Normal-Abo über.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an: Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Reise

„Fritze Bollmann wollte angeln ...“

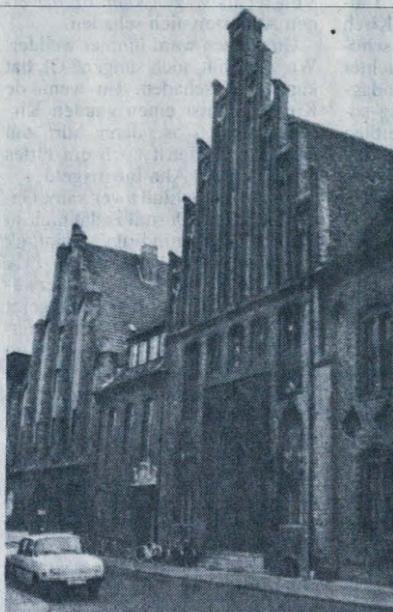
Brandenburg in der Mark Brandenburg im Bundesland Brandenburg

In Berlin und Umgebung hat das Lied vom angelnden Fritze Bollmann - der eine Zillefigur hätte sein können - den Charakter eines Heimatliedes. Obwohl das Original Fritze Bollmann gar nicht Berliner, sondern Bürger der Stadt Brandenburg war, wo er auch geboren wurde. Zwei Denkmale erinnern dort an ihn, einmal als Brunnenfigur in der Fußgängerzone, zum anderen vor dem am Rande der fast 100 000 Einwohner zählenden Stadt gelegenen Freibades am Betzsee. Aber nicht nur was Fritze Bollmann betrifft fühlt sich die Stadt Brandenburg durch das nahegelegene Berlin (und Potsdam) in den Schatten gestellt. Als die Hauptstadtdebatte zwischen Berlin und Bonn an Lebhaftigkeit gewann, aktivierten die Brandenburger ihren leisen Humor: Viele meinten, eigentlich dürfte nur Brandenburg die deutsche Hauptstadt werden. Wer diesen Humor verstehen will, muß natürlich ein wenig Geschichtskennntnis haben:

der neuen Bundeshauptstadt Berlin und der neuen Landeshauptstadt Potsdam stärker zu profilieren.

drei früheren Zentren zusammengefügt, durch Havelarme verbundene Gesamtstadt vom Ausichtsturm auf dem Marienberg;

Paul (Baubeginn 1165) zeugen noch vom einstigen Reichtum der Stadt. Im 14. und 15. Jahrhundert war Brandenburg eine wohlhabende Handelsstadt und Mitglied der Hanse. Vier historische Tortürme der mittelalterlichen Stadtbe-



Zwei wichtige Zeugen großer Bedeutung der einstigen Hauptstadt der Markgrafschaft Brandenburg: der Dom St. Peter und Paul (links) sowie das Altstädtische Rathaus (rechts).

festigung sind noch erhalten, ebenso zwei weitere historische Kirchen; und das Museum der Stadt im Freyhaus ist auch einen Besuch wert.

Die Stadt Brandenburg liegt inmitten eines vielfältigen Seengebiets mit vielen Ausflugszielen, zu Lande und zu Wasser zu erreichen. Heute gehört Brandenburg zu den ersten fünf Pilotstädten, deren Innenstadtsanierung aus dem „Fonds Deutsche Einheit“ mitfinanziert wird. Für Sommerurlauber stehen neben zahlreichen kleineren Hotels eine Vielzahl von Campingplätzen bereit, auf denen auch Ferienbungalows vermietet werden.

Die einstige markgräfliche Hauptstadt Brandenburg, jahrhundertlang in ihren Teilen Brandenburg-Altstadt und Brandenburg-Neustadt wichtigster Ort der Mark Brandenburg, ist verkehrsgünstig zu erreichen, für Autofahrer über die Autobahn Magdeburg - Berlin mit spezieller Brandenburg-Ausfahrt, für Bahnreisende auch über die Strecke Berlin - Magdeburg. Allerdings ist noch nicht entschieden, ob Brandenburg in Zukunft Haltepunkt für IC-Züge werden wird. Zu wünschen wäre es.

(BFH)

Brandenburg war im 14. und 15. Jahrhundert Bischofssitz und Hauptstadt der Markgrafschaft, die ihren Namen trug - so wie jetzt ebenfalls das neue Bundesland Brandenburg. Von hier aus wurde dem „Provinznest Berlin“ das Stadtrecht verliehen. Dies alles hat man sehr bewußt in Erinnerung bei dem augenblicklichen Bemühen, die touristisch und historisch interessante und landschaftlich sehr reizvoll gelegene Stadt gegen die neue Übermacht

Immerhin sind 32 Prozent der Stadt Wald und 19 Prozent Wasser (Havelarme und -seen). Falls in Berlin die Olympischen Spiele im Jahr 2000 ausgetragen werden sollten, will die Stadt Brandenburg ihre moderne Regattastrecke für die Ruder- und Kanuwettbewerbe anbieten.

Dem touristischen Besucher sei die Entdeckung der historischen Stadt in drei Etappen empfohlen: Zuerst ein Rundblick über die aus

dann eine Dampferfahrt rund um die drei historischen Stadtkerne; schließlich die „Eroberung“ Brandenburgs zu Fuß. Die heutige Stadt wurde erst 1715 aus den Bereichen Altstadt und Neustadt zusammengeschlossen. Das ursprüngliche Zentrum, die Burgbeziehungsweise Dominsel wurde erst 1930 integriert. Brandenburg hat noch zahlreiche historische Bauten vorzuzeigen. Allein das Altstädtische Rathaus von 1470 und der Dom St. Peter und

Salzburg

Spaziergang durch die Stadt der Kirchen

Will man Salzburg kennenlernen, kommt man an einer Vielzahl von Kirchen nicht vorbei. Im Tal zwischen Mönchs- und Kapuzinerberg eingebettet, ragen Dutzende Türme, spitze und runde, in die Höhe, zeichnen die romantische Silhouette der historisch interessanten Stadt an der Salzach. Sie schmiegen sich an die Berge oder sind Teil prächtiger Gebäudekomplexe, gut erhalten und zu besichtigen. Zwei Tage muß man

Stadtbild verdankt Salzburg, der Ort der engen Gassen, in dem 140.000 Leute leben, der Bautätigkeit von Fürstbischöfen und Klöstern, darunter das um 700 gegründete St. Peter. Hier entstand ein Bistum, von dem aus die Christianisierung der Alpenländer und des mittleren Donauraumes erfolgte.

Gut 1 000 Jahre lang regierten Erzbischöfe und Metropolit von Salzburg aus einem mächtigen Kirchenstaat. Erzbischof Virgil (767 - 774) hatte den vorromanischen Dom bauen lassen, der Ende des 12. Jahrhunderts durch eine fünfgeschiffige Basilika ersetzt wurde. Sie fiel um 1600 einem Brand zum Opfer. Im Barock schließlich erhielt der bis heute den Residenzplatz bestimmende Dom seine „letzte“ Form mit den beiden imposanten Kirchtürmen.

Die vier Kolossalstatuen aus hellem Marmor, die Landespatrone Rupert und Virgil sowie Petrus und Paulus, die das Eingangsportal bewachen, prägen sich dem Besucher besonders ins Gedächtnis ein. Bomben hatten den Dom im zweiten Weltkrieg stark beschädigt, aber bis 1959 erstand er wieder in altem Prunk. Inmitten der ursprünglichen Fundamente, in einer mehrräumigen Krypta, befinden sich die Ruhestätten der Erzbischöfe.

In der Zeit zwischen 1000 und 1250 entstanden in Salzburg viele solide Gotteshäuser in romantischem Stil, darunter die Stiftskirche St. Peter im Klosterbezirk. 1783 hat Wolfgang Amadeus Mozart dort seine c-Moll-Messe uraufgeführt. Der Klosterbezirk

liegt etwas abseits von den Straßen und Plätzen, nahe dem steilen Mönchsberg, abgeschirmt durch Tore, die sich dem Besu-

besonders prächtigen Eindruck macht. Lohnenswert ist auch ein Abstecher ans rechte Salzachufer, wo sich die Linzer-Gasse



Blick auf Salzburg, die 140 000 Einwohner zählende österreichische Stadt an der Salzach. Dutzende von Kirchtürmen aus verschiedenen Stilepochen prägen ihre Silhouette. Fotos: ADN/Morgen

cher nur zögernd öffnen. Hier dehnt sich heute ein großer Klosterhof mit einem Garten aus, der für ein angenehmes Mikroklima sorgt und im Wandel der Jahreszeiten Mönche und ihre Gäste erfreut.

Die Stiftskirche, auffällig durch ihre welsche Haube, ist über 1 000 Jahre alt. Erzbischof Wolf Dietrich, der dieses Kloster besonders förderte, ließ auch die Stiftskirche frühbarock verändern.

Zur Entfaltung der städtebaulichen Harmonie Salzburgs hat Baumeister Johann Bernhard Fischer von Erlach im 17./18. Jahrhundert viel getan. Allein zwölf Kirchen erbaute man in und um Salzburg nach seinen Entwürfen, darunter die Kollegienkirche, die vom Kapuzinerberg aus gesehen

durch das Altstadthäusermeer schlängelt. Hier steht die Sebastianskirche, im 16. Jahrhundert erbaut und 200 Jahre später im Rokostil erneuert. Hier fand der Arzt und Naturforscher Paracelsus von Hohenheim (1493 - 1541) seine letzte Ruhestätte.

Auf dem Friedhof St. Sebastian, gleich nebenan, ist die im 17. Jahrhundert erbaute, kunstvoll mit keramischer Innendekoration versehene Gabrielskirche eine Visite wert. Der Weg dorthin führt an den Gräbern von Mozarts Vater Leopold (1719 - 1787), von Mozarts Gattin Konstanze, wieder vermählte von Nissen (1763 - 1842), sowie von Genoveva von Weber, Mutter des Komponisten Carl Maria von Weber (gestorben 1798) vorbei.

Theo Morgen

Hameln

Historische Sage ist umstritten

Es gibt sie, diese Orte, die verschlafen eingebettet liegen und doch ein bewegtes Innenleben hegen. Hameln, Stadt im mittleren Weserbergland ist eine davon.

Gleich einem behutsam geformten Körper, wellig, unaufdringlich anschiemig und von saftigem Grün, ziehen sich die Ketten der Mittelgebirge entlang des behäbig fließenden, längst nicht mehr blauen Bandes der Weser.

Inmitten dieser Umgebung waldbestandener Höhenzüge, aus denen kahle Klippen glänzen, und zwischen wogenden Getreidemeeren liegt die idyllische Fachwerkstadt. Die Lage am Fluß hat jahrhundertlang das Leben in den Mauern der Stadt bestimmt und zieht bis heute Spuren. So zielt ein Mühlstein das Stadtwappen und der kunstgeschichtlich in seiner Ausdruckskraft bemerkenswerte Baustil, die Weserrenaissance, trägt eben seinen Namen. Und schließlich: Ohne Wasser keine Ratten, ohne Ratten keinen Fänger. Die berühmteste deutsche Sagengestalt piff vor mehr als 700 Jahren in den engen Gassen Hamelns.

Schon um das Jahr 800 wird von Fuldaer Mönchen nahe einer bestehenden Fischersiedlung ein Benediktinerkloster gegründet, dessen Kirche St. Bonifatii bis heute als romanisch-gotischer Bau eindrucksvoll die Brücke über die Weser zu bewachen scheint. Die bestehenden Siedlungen wuchsen zusammen, ein Markt wird eingerichtet und bereits um 1200 wird Hameln in Urkunden als Stadt erwähnt.

Wenige Jahrzehnte später ereignet sich jenes Geschehen, das mit dem Namen der Stadt verbunden ist: „Anno 1284 am Dage Johanni et Pauli, war der 26. Junii, CXXX Kinder verledet, binnen Hameln geboren durch einen Piper, mit allerlei Farve bekleidet gewesen to Calvarie bi den Koppen verlor.“ So berichtet eine Inschrift am Rattenfängerhaus von dem tragischen Ereignis, die allerdings erst 1603 eingemeißelt wurde. Der buntgekleidete Rattenfänger, erzählt die Mär, ertränkte die Plage der Nager, die ihm, angelockt durch sein Pfeifenspiel, in die Weser folgten. Der Rat der Stadt aber beurteilte das Können als kindisch und verweigerte dem Mann den versprochenen Lohn. Aus Rache, so sagt man, lockte der Gefoppte die Kinder der Stadt und verschwand mit ihnen auf Nimmerwiedersehen.

Bis heute ist der historische Kern der Sage umstritten. War es die Verbannung sich gegen das Stift Erhebender, deren Namen fortan totgeschwiegen wurden? War es eine fröhliche Ausflugschar oder gar eine religiöse Sekte, deren Teilnehmer bei einem Bergrutsch im felsigen Gebirge unweit Hamelns den Tod fanden? War der „Pfeiffer“, und das klingt am wahrscheinlichsten, ein Adliger der Umgebung, der junge Erwachsene zur Ostbesiedlung anwarb und mit ihnen in das Gebiet des heutigen Polens oder der CSFR verschwand? Während die Historiker rätseln tritt der leibhaftige Rattenfänger jeden Sonntag mit seiner Spielschar auf den Platz vor der Marktkirche und flötet die lockenden Töne.

An das Spiel anschließend zieht er durch die malerischen Gassen der Altstadt, hinter sich die Schar der Touristen. Was wäre Hameln ohne den Topf-Werbeträger der Sagengestalt? Das tragische Unglück von einst, dessen Ursache Zahlungsverweigerung war, füllt heute das Stadtsäckel auf.

Sehenswert ist Hameln dennoch in erster Linie aufgrund seines attraktiven Stadtbildes, dessen Antlitz wesentlich in der frühen Neuzeit gestaltet wurde.

Zwei Türme der ehemaligen Stadtbefestigung erinnern an die frühere Wehrhaftigkeit des „Gibraltar des Nordens“ und immer noch ist der Verlauf der auf Befehl Napoleons geschleiften Wälle um die Innenstadt deutlich erkennbar.

Betritt man die Altstadt vom östlichen Eingang der Osterstraße her, so steht man fast unmittelbar vor einer der schönsten Bauten im Stil der Weserrenaissance. Die Leichtigkeit des aus Italien kommenden Stils erfuhr hier unter dem Einfluß niederländischer Baumeister eine eigene Ausprägung. Das Rattenfängerhaus mit der in die Straßflucht hervortretenden Ufflucht, den welschen geschwungenen Giebeln, der Gliederung der Sandsteinfassade durch Kerbschnitt-Bossensteine und den gemeißelten Fächerrossetten ist ein hervorragendes Beispiel. Der Weg durch die seit Mitte der 70er Jahre existierende Fußgängerzone führt an Fachwerkbauten vorbei, deren Türstürze von Glück und Unglück der Erbauer erzählen. Sicherlich eines der schönsten Fachwerkbürgerhäuser ist das Stiftsherrenhaus, das ein Programm geschnitzter Figuren aus altem und neuem Testament schmückt. Einige Schritte weiter, neben der nach dem Krieg eilends aber mangelhaft wieder aufgebauten Marktkirche, steht das mächtige Hochzeitshaus.

Der ebenfalls im Stil der Weserrenaissance in den Jahren 1610 bis 1617 errichtete Bau diente als Festsaal, als bürgerlicher Tanzboden für die „Hohen Zeiten“. Gegenüber präsentiert sich das Dempferhaus aus dessen Ufflucht die vollplastische Figur der Ceres, Göttin des Ackerbaus, auf eine der wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt hinweist.

Weitere farbenfrohe Fachwerkgebilde sind in der Bäckerstraße zu bewundern, in der auch das erste im neuen Stil der Weserrenaissance veränderte Stadthaus die sandstrahlgeringte Fassade zeigt: der Rattenkrug. Vis a vis steht das gotische Gebäude der heutigen Löwenapotheke, der Dandsstern im Giebel kennzeichnet das Haus als Domizil der Hamelner Schutzjuden während des Mittelalters - 1933 wurde in Hameln die jüdische Gemeinde ausgebrannt, Widerstand gegen die Faschisten von Seiten der Bevölkerung gab es kaum. Ein bis heute unaufgearbeitetes unrühmliches Blatt Heimatgeschichte.

Beim Gang durch die kleinen Seitengassen entdeckt der über die Fassaden schweifende Blick noch manche humorigen Sprüche oder heimliche Schönheiten. Die Hamelner Altstadt gilt als vorbildlich saniert und der Haushalt bezahlt dies, trotz finanzieller Unterstützung von Bund und Ländern, mit hoher Verschuldung. Und wenn auch Straßenzüge wie Puppenstuben blitzen, wenn manchmal zwischen alt und nachgebaut nicht so recht zu unterscheiden ist, so ist das Konzept im großen und ganzen ein Gelungenes. Freilich, ab und zu haben die Ratsherren vorschnell zur Abrißbirne gegriffen, etwa, wenn Fischerhäuser anfang der 70er Jahre einem Kaufhaus weichen mußten. Doch aus Fehlern hat man gelernt.

Es lohnt sich, der Melodie des Verführers zu folgen.

M.K. Langhorst